



Halberstädter Straße 2 / am „Platz des 17. Juni“
39112 Magdeburg
Tel.: (0391) 567-5504/-5514/-5516/-5517/-5318
e-mail: pressestelle@mi.sachsen-anhalt.de
<http://www.mi.sachsen-anhalt.de>

Mittwoch, 15. Oktober 2014

Mitteldeutsche Zeitung

Zeitz

15.10.2014

Kampfsportler sind Sterne des Sports

KSG „Jodan Kamae“ vertritt nun das Land Sachsen-Anhalt bundesweit.

ZEITZ/MZ/AND - „Prävention im Sport“ so lautet der Name des Projektes, mit dem der KSG „Jodan Kamae“ Zeitz den großen silbernen Stern des Sports gewonnen hat. Der Verein erhielt den Hauptpreis in Höhe von 2 500 Euro von den Volksbanken und Raiffeisenbanken aus Sachsen-Anhalt. Übergeben wurde die Auszeichnung vom Minister für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt, Holger Stahlknecht (CDU).

Insgesamt hatten sich in diesem Jahr 92 Sportvereine aus Sachsen-Anhalt um die „Sterne des Sports“ beworben - eine Auszeichnung für herausragende gesellschaftliche Leistungen und soziales Engagement. Die Aktion wurde gemeinsam vom Deutschen Olympischen Sportbund mit den Volksbanken Raiffeisenbanken ins Leben gerufen. Die „Sterne“ werden in diesem Jahr zum elften Mal vergeben.

„Wir können sehr stolz auf unsere Vereine hier in Sachsen-Anhalt sein. Mit ihren Projekten leisten sie einen sehr wichtigen Beitrag zum Leben hier vor Ort und tragen nachhaltig zu einer gesunden Gesellschaft bei. Das ehrenamtliche Engagement der Vereinsmitglieder kann man gar nicht genug loben. Ich hoffe, dass wir auch in Zukunft noch viele spannende Projekte kennenlernen werden“, so Sportminister Holger Stahlknecht, der

die Preise an diesem Abend gemeinsam mit der ehemaligen Schwimmerin und Olympiasiegerin Britta Steffen übergab.

Beeindruckt war auch Sascha Gläßer, Vorstandsmitglied der Volks- und Raiffeisenbank Zeitz. „Als regional aufgestellte Volksbanken und Raiffeisenbanken mit einer Rechtsform, die durch Mitglieder als Eigentümer geprägt wird, sind wir den Menschen hier im Lande ganz besonders verbun-

den. Genauso ist es bei den Sportvereinen. Diese tragen insbesondere durch ihr oft ehrenamtliches Engagement dazu bei, die unterschiedlichsten Menschen zusammenzubringen und gemeinsam etwas auf die Beine zu stellen. Das verdient nicht nur Anerkennung, sondern auch großen Respekt. Weiter so!“

An diesem Abend erhielten in Magdeburg auch vier weitere Vereine aus Sachsen-Anhalt eine Auszeichnung im Rahmen der „Sterne des Sports“. Sie nahmen ihre Silbernen Sterne und ihre Förderpreise in Höhe von 1 500, 1 000 und 500 Euro entgegen. Der KSG „Jodan Kamae“ Zeitz vertritt nun das Land Sachsen-Anhalt bei der Endausscheidung zur Verleihung der bundesweiten Goldenen Sterne. Sie werden am 28. Januar 2015 von Bundespräsident Joachim Gauck verliehen.

Eine Sternstunde für die Stendaler Basketballer

Dritter Platz beim Landeswettbewerb für gesellschaftliches Engagement / Projekt Schulliga bringt 1000 Euro Preisgeld
Von Christian Wohlt

Stendal/Magdeburg. Sportminister des Landes Sachsen-Anhalt Holger Stahlknecht (CDU) war sichtlich in seinem Element, als er am Montagabend gemeinsam mit Schwimm-Star Britta Steffen die „Silbernen Sterne des Sports“ verlieh.

Drei Vereine aus Sachsen-Anhalt erhielten für ihr gesellschaftliches Engagement diese von den Volks- und Raiffeisenbanken gemeinsam mit dem Deutschen Olympischen Sportbund ausgelobten Ehrungen, darunter der Basketballclub (BBC) Stendal.

Mit dem Projekt „Schulliga“, das sich aus einer spontanen Idee heraus entwickelte, überzeugten die Altmärker die Jury. „Wir wollten was Cooles für die Jugendlichen bieten und ihnen zeigen, dass es Spannenderes als Fernseher und Spielkonsole gibt“, beschreibt Nektarios Noutsis die Motivation, das Projekt ins Leben zu rufen. Er stellte bei der Gala die Schulliga vor.

Rund 50 Mädchen und Jungen der fünften und sechsten Klassen verschiedener Schulen beteiligen sich daran. Sie trainieren regelmäßig und konnten sich bereits in drei Turnieren messen. Inzwischen arbeitet der Verein auch mit der

„Grundschule am Stadtsee“ zusammen, um auch die Jüngsten zu erreichen. Für den dritten Platz im Wettbewerb erhielt der BBC Stendal ein Preisgeld in Höhe von 1000 Euro.

Insgesamt hatten sich 92 Vereine aus ganz Sachsen-Anhalt in diesem Jahr um die Auszeichnung beworben. Mit dem Preis sollen herausragende gesellschaftliche Leistungen in den Bereichen Integration, Gewaltprävention, Umweltschutz und Gleichstellung gewürdigt werden.

Der hellste Stern, immerhin mit der stolzen Summe von 2500 Euro dotiert, leuchtete für

die KSG „Jodan Kamae“ Zeitz, die mit ihrem Projekt „Prävention im Sport“ den ersten Platz erreichte. Den zweiten Platz (1500 Euro) belegte die TSV „Einheit“ Burg mit dem Projekt „Inklusion mit Tradition – Behindertensport im Verein“. Mit Förderpreisen (500 Euro) wurden die TSG „GutsMuths 1860“ Quedlinburg und der LSV Klein Oschersleben geehrt.

Der Siegereverein aus Zeitz wird dabei sein, wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel im Januar kommenden Jahres die Verleihung der „Goldenen Sterne des Sports“ auf Bundesebene in der Hauptstadt Berlin vornimmt.

Stendaler Volksstimme

15.10.2014

Basketballer gewinnen mit Nachwuchsprojekt silbernen Sport-Stern

Große Freude beim Basketballclub Stendal: Mit seinem Nachwuchsprojekt „BBC Stendal bringt Schüler ans Brett“ hat der Verein im Landeswettbewerb „Silberne Sterne des Sports“ den dritten Preis und damit 1000 Euro gewonnen. Innenminister Holger Stahlknecht (CDU/rechts), Schwimm-Olympiasiegerin Britta Steffen (3. von links) und Petra Tzschoppe (links), Vizepräsidentin des Landessportbundes Sachsen-Anhalt, übergaben am Montag in Magdeburg den Preis an die BBC-Mitglieder

der Carsten Mogk (neben Britta Steffen von links), Alexander Herrmann, Martin Rothenbeck, Rayk Wille und Nektarios Noutsis. Mit dabei war Nico Voigt (2. von links),

Vorstand der Volksbank Stendal. Die Genossenschaftsbank hatte den BBC Stendal vorgeschlagen für den Wettbewerb, der eine Initiative des Deutschen Olympischen Sportbundes und der Volksbanken-Raiffeisenbanken ist. In dem Projekt für Schüler trainieren wöchentlich etwa 50 Mädchen und Jungen. Foto: Roberto Abramowski

„Sterne des Sports“ in Magdeburg vergeben

Allgemein • Magdeburg (ut) Zum elften Mal in Folge wurden gestern in der Magdeburger Staatskanzlei am Fürstenwall die „Silbernen Sterne des Sports“ vergeben. Die Ehrung nahmen Innenminister Holger Stahlknecht und Schwimm-Ikone Britta Steffen vor. Insgesamt hatten sich 92 Vereine

beworben. Die Auszeichnung erhielten KSG Jodan Kamae Zeitz (1. Platz/2500 Euro), TSV Einheit Burg (2./1500 Euro) und Basketballclub Stendal (3./1000 Euro). Förderpreise über je 500 Euro gab es für die TSG GutsMuths Quedlinburg und LSV 90 Klein Oschersleben.

Volksstimme / Mantelteil 14.10.2014

Sachsen-Anhalt untersucht eintreffende Flüchtlinge

Ebola-Patient in Leipzig gestorben / Ärzte im Land erhalten Merkblätter zum Umgang mit Verdachtsfällen

Magdeburg (mf/dpa) • Der in einem Leipziger Krankenhaus behandelte Ebola-Patient ist tot. Der 56 Jahre alte UN-Mitarbeiter aus dem Sudan, der am Donnerstag von Liberia zur Behandlung eingeflogen war, verstarb in der Nacht zum Dienstag. Das erste Todesopfer der Seuche auf deutschem Boden soll in einem Spezialsarg verbrannt werden.

In Westafrika forderte die Epidemie bislang mehr als 4400 Tote, die Infiziertenzahl wird mit rund 8900 angegeben. Deutsche Firmen haben sich bereits aus den betroffenen Ländern komplett zurückgezogen.

In Sachsen-Anhalt werden Flüchtlinge in der Erstaufnahmeeinrichtung in Halberstadt (Harzkreis) einer Gesundheitsuntersuchung unterzogen. „Das sieht das Asylverfahrensgesetz auch so vor“, so Innenministeriumssprecher Stefan Brodtrück. Sollte dabei ein Verdachtsfall auftreten, erfolge die weitere Untersuchung in dem für Sachsen-Anhalt zuständigen Leipziger Spezial-Krankenhaus „St. Georg“. Betroffene Patienten holen die Ärzte mit einem speziellen Rettungswagen für hoch-

infektiöse Kranke ab. Das gelte für alle solche Fälle im Land.

Die Ärzte seien inzwischen mit entsprechenden Merkblättern informiert worden. Das Sozialministerium nimmt zudem wöchentlich an einer Telefonkonferenz auf Bund-Länder-Ebene teil, bei der aktuelle Informationen zur Seuche weitergegeben werden. **Seiten 3 und 4**

Freiwilliger: „Irgendwer muss ja Ebola aufhalten“

Blankenburger meldet sich für den Einsatz in Westafrika/ Bundeswehr plant ab nächster Woche Schulungen. *Von Matthias Fricke*

Die Ebola-Epidemie hat ungekannte Ausmaße erreicht. Dennoch gibt es etwa 2000 Freiwillige, die sich allein über die Bundeswehr für den Einsatz in Afrika beworben haben. Einer von ihnen ist Paul Deutschmann aus Blankenburg im Harz. Mit einem mulmigen Gefühl wartet er auf den Start der Mission.

Blankenburg • Schutzanzüge, Atemschutzmasken und Bilder von abtransportierten Leichen in Westafrika lassen den 28-jährigen Sanitäts-Unteroffizier Paul Deutschmann alles andere als kalt. Der Blankenburger hat sich auch deshalb als einer von 2000 Freiwilligen für die „Task Force Ebola“ gemeldet. Diese soll im Krisengebiet eine Krankenstation gemeinsam mit den Hilfsorganisationen aufbauen und betreuen.

Der Blankenburger sagt: „Ich weiß, dass es jetzt irgendwann losgehen kann. Ich habe großen Respekt vor der Aufgabe, natürlich bleibt ein mulmiges Gefühl.“ Seine Freunde und die Familie unterstützen ihn

zwar, fragen aber dennoch immer häufiger skeptisch: Warum tust du Dir das eigentlich an? Er antwortet darauf: „Irgendwer muss ja Ebola aufhalten.“

Der Zeitsoldat lebt seit drei Jahren in der Harzstadt Blankenburg. Dort arbeitet er mit seiner pharmazeutisch-kaufmännischen Ausbildung in der Bundeswehrapotheke. Diese ist in einem etwa acht Kilometer langen Stollensystem eingelagert. Von hier aus wird die Truppe mit Medikamenten und medizinischer Ausrüstung versorgt. Sein Job im normalen Alltag ist die Bestellung von Nachschub bei den Arzneimittel-Herstellern. „Das ist spannender als es sich vielleicht anhört“, meint der gebürtige Mecklenburger.

Von seinem Geschick hängt es ab, dass die richtigen Medikamente zur benötigten Zeit auch am entsprechenden Ort eintreffen. Sein erster Auslandseinsatz führte Deutschmann vor zwei Jahren für fünfeneinhalb Monate nach Afghanistan. Dort betreute er die Apotheke des Bundeswehr-Feldlazaretts in Mazar-e-Sharif. Auch dort waren die Bedingungen alles andere als einfach. „Da hatten wir zeitweise schon morgens ab 10 Uhr Temperaturen um 45 Grad Celsius im Schatten.

Allerdings war da die Hitze trocken“, sagt er.

In seinem neuem Einsatzgebiet in Westafrika erwartet ihn eine neue und vor allem ganz andere Herausforderung. Es ist tropisch heiß und sein Gegner unsichtbar. Man kann den Feind höchstens unter einem hochauflösenden Mikroskop entdecken. Er ähnelt einem eher harmlos wirkenden hässlichen Wurm, der in Wirklichkeit aber eine äußerst effiziente Tötungsmaschine ist. Es gibt bisher weder einen Impfstoff noch ein Heilmittel.

Inzwischen gerät die Epidemie immer weiter außer Kontrolle. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) spricht inzwischen von mehr als 4400 Toten und 8900 infizierten.

Für Dezember erwarten die Experten 5000 bis 10000 neue Ebola-Fälle in Westafrika pro Woche.

Angesichts dieser Nachrichten ist Deutschmanns Freundin Anika alles andere als begeistert. „Sie hat schon Angst, aber sie kennt auch meinen Job“, sagt der Soldat. Beide lernten sich kurz vor seinem ersten Auslandseinsatz kennen.

Wenn der 28-Jährige sich mit seinem Bruder über E-Mail oder Facebook schreibt, dann



gibt es oft nur ein Thema. Die Epidemie in Westafrika. Zumal sein ein Jahr älterer Bruder ihm bereits die ersten Bilder von den Häfen aus Sierra Leone und Liberia geschickt hat. „Er arbeitet auf einem Handelsschiff und kann dort gerade

nicht von Bord gehen. Von den sieben Häfen, die sein Schiff angelaufen hat, durfte er in nur zwei von Bord gehen“, erzählt Paul Deutschmann. Es unterstreicht ebenfalls die Dramatik, mit der es die Menschen in rund 5500 Kilometer Entfernung zu tun haben.

In Deutschland warten indes Menschen wie Paul Deutschmann, um endlich helfen zu können. Doch so schnell geht es nicht. So sind die logistischen Vorbereitun-

gen schwierig und benötigen ihre Zeit. Claudia Skopnick, Hauptfeldweibel beim Kommando-Sanitätsdienst in Koblenz: „Die genauen Rahmenbedingungen für den Einsatz müssen noch geklärt werden. Die ersten Schulungen sind ab Montag in Hamburg geplant.“

So schnell wird demnach Paul Deutschmann die Sachen nicht packen müssen, zumal noch immer die Auswahlverfahren laufen. Die Freiwilligen müssen schließlich auch für den Einsatz geeignet sein. Tropentauglichkeit und gute Englischkenntnisse sind unter anderem wichtige Voraussetzungen.

In Deutschland werden zurzeit auf zwei Wegen Freiwillige gesucht, um Ebola-Infizier-

te in Westafrika zu behandeln. Zum einen stellt das Bundesgesundheitsministerium eine Gruppe zusammen, die aus Ärzten, Krankenschwestern, Pflegern und Laborkräften besteht. Diese Suche betreut das Deutsche Rote Kreuz. Bisher haben sich von den 1600 Anfragen und 404 konkreten Bewerbungen lediglich 121 für geeignet erwiesen. Darunter sind 44 Ärzte, so Alexandra Burck vom DRK.

Das Bundesverteidigungsministerium rekrutiert seine Truppe aus dem medizinischen Personal der Bundeswehr und auch Reservisten. „Von den 2000 Bewerbern sind 600 in die nähere Auswahl gekommen“, sagt die Bundeswehrsprecherin aus Koblenz. Paul Deutschmann gehört dazu.

„Von sieben Häfen, die sein Schiff angelaufen hat, durfte er in nur zwei von Bord gehen.“

„Meine Freundin hat schon Angst, aber sie kennt auch meinen Job.“

Wichtige Antworten zum Thema Ebola

Was macht das Virus so gefährlich?

Es gehört zu den gefährlichsten Krankheitserregern der Welt. Es löst mit Blutungen einhergehendes Fleber aus. Je nach Ausbruch starben bisher 25 bis 90 Prozent der infizierten Menschen. Es gibt weder einen Impfstoff noch ein Heilmittel.

Wie ansteckend ist es?

Das Virus ist zwar sehr gefährlich, aber nicht hochansteckend. Eine Infektion durch winzige Tropfen in der

Luft, die eingeatmet werden, ist weder bei der aktuellen noch bei früheren Ausbrüchen beobachtet worden.

Wie ist der Übertragungsweg?

Das Virus gelangt durch die Schleimhäute in den Körper, beispielsweise durch den Mund. Auch Wunden sind mögliche Eintrittsstellen. Blut, Fäkalien und Erbrochenes sind die am stärksten infektiösen Substanzen. Neben dem direkten Kontakt mit Körperflüssigkeiten ist es möglich, sich durch kontami-

nierte Gegenstände anzustecken, etwa durch Kleider von Erkrankten.

Wann ist das Ansteckungsrisiko hoch?

Mit dem Virus infizierte Menschen sind erst ansteckend, wenn sich erste Symptome wie Fieber, Müdigkeit, Kopf-, Muskel- oder Halsschmerzen entwickeln. Das bedeutet umgekehrt, dass Menschen in der Zeit zwischen Ansteckung und Ausbruch der Krankheit Ebola nicht weitergeben können. Die Zeitspanne kann von zwei bis zu 21 Tage dauern.

Die Krankheit wurde erstmals 1976 im damaligen Zaïre, dem heutigen Kongo, am Fluss Ebola entdeckt. Das Virus taucht immer wieder in entlegenen Dörfern Afrikas in der Nähe von Regenwäldern auf. Als Überträger werden Fledermäuse und Flughunde vermutet. Bisher gab es 15 Epidemien mit 1300 Toten. Der Ausbruch Ende Dezember 2013 in Guinea hat sich seither nach Liberia, Sierra Leone, Nigeria und Senegal verbreitet. Es ist der bisher größte Ebola-Ausbruch.

Verdachts-Patienten werden an Ort und Stelle isoliert

Sonderrettungswagen bringt im Ernstfall Betroffene aus Sachsen-Anhalt in Leipziger Spezialklinik

Von Matthias Fricke

Magdeburg • Nach Einschätzung des Robert-Koch-Institutes erscheint es nach wie vor unwahrscheinlich, dass importierte Einzelfälle von Ebola-Fieber in Deutschland auftreten werden. Dennoch ist es nicht ausgeschlossen, heißt es in einem im aktuellen Ärzteblatt veröffentlichten Hinweis des Landesgesundheitsministeriums. Sprecher Holger Peach: „Wir haben für diese Fälle einen Seuchenalarmplan, den alle Mediziner und Gesundheitsämter kennen.“ Die darin festgelegten Vorgaben regeln das Zusammenspiel zwischen Ärzten, Gesundheitsämtern, dem Landesamt für Verbraucherschutz sowie dem Robert-Koch-Institut. Im Wesentlichen geht es um den schnellstmöglichen Austausch von Informationen.

Was passiert in einem Verdachtsfall?

Wenn ein Patient mit Fieber

Die neue

Pest

Steffen Honig
zu den
Ebola-Gefahren

Die Seuche ist da. Nicht nur irgendwo in Afrika, sondern hier, gleich um die Ecke. In Leipzig ist ein Ebola-Patient gestorben. Es gibt kein Gegenmittel gegen diese teuflische Krankheit, nur die Isolierung von Patienten und die Hoffnung auf Heilung.

und erhöhter Temperatur sowie den entsprechenden Begleitsymptomen wie Durchfall, Übelkeit und Erbrechen bei einem Arzt erscheint, sollten sich behandelnde Kontaktpersonen mit Handschuhen, Mund-Nasen-Schutz und Einmalschutzkittel zunächst vor einer weiteren Abklärung der Infektion schützen. Der Patient wird aber erst dann zu einem begründeten Verdachtsfall, wenn in den 21 Tagen vor Krankheitsbeginn ein Kontakt mit Ebola-Fällen, ein beruflicher Kontakt mit Ebolaviren oder zu Tieren (Flughunde, Fledermäuse und Affen) in den betroffenen Gebieten in Westafrika bestand.

Was passiert in einem begründeten Verdachtsfall?

Dann sind besondere Sicherheitsvorkehrungen nötig. Zunächst muss von dem behandelnden Arzt das zuständige

Eine neue Pest ist über uns hereingebrochen. Experten der US-Gesundheitsbehörde rechnen bis Ende Januar 2015 mit 500 000 Infizierten in Westafrika, womöglich werden es noch erheblich mehr. In einer eng vernetzten Welt kann eine weitere Ausbreitung auf andere Kontinente kaum verhindert werden.

Beeindruckend ist daher

Gesundheitsamt informiert werden. Eine spezielle Hotline ist beim Landesamt für Verbraucherschutz, Fachbereich Hygiene, in Magdeburg freigeschaltet, die auch außerhalb der Sprechzeiten erreichbar ist.

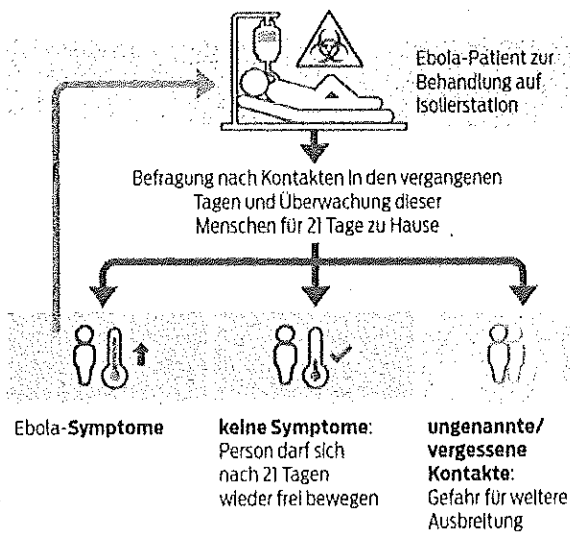
Anschließend erfolgt die Kontaktaufnahme mit dem für Sachsen-Anhalt zuständigen Kompetenz- und Betreuungszentrum für hochansteckende Krankheiten im Klinikum St. Georg in Leipzig. Die Spezialisten dort schicken einen gesonderten Infektionsrettungswagen und holen den Patienten ab. „Der sollte dabei vor Ort isoliert bleiben und nicht erst noch in ein anderes Krankenhaus gebracht werden“, erklärt Dr. Jan Hülsemann, Ärztlicher Direktor der Universitätsklinik Magdeburg. Er sagt: „Bei uns sind alle Mitarbeiter eingewiesen, die entsprechend den Vorgaben reagieren werden.“

die Tatsache, dass sich bisher mehrere Tausend Deutsche freiwillig gemeldet haben, um mitzuhelfen, die schreckliche Krankheit direkt an ihrem Herd in Afrika zu bekämpfen. Es ist ein Himmelfahrtskommando, selbst konsequenter Schutz bietet keine Garantie, sich nicht anzustecken. Respekt! Doch nur eine globale Strategie gegen Ebola kann vor weltweiter Panik bewahren. Seite 3

Ebola erkennen und eindämmen

Ebola ist erst dann ansteckend, wenn bereits Symptome wie Fieber auftreten. Vor allem, wenn sie nichts von ihrem Risiko wissen, haben viele Betroffene dann noch Kontakt zu anderen Menschen.

Dieses Prozedere soll weltweit die Ausbreitung der Krankheit eindämmen:



Dieser Kreislauf wird wiederholt, bis es keine neuen Patienten mehr gibt

dpa

Quelle: CDC

Volksstimme / Mantelteil 15.10.2014

WHO-PROGNOSE

Tausende neue Ebola-Fälle

GENF/DPA - Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat eine erschreckende Prognose veröffentlicht: Sie erwartet bis Dezember pro Woche zwischen 5 000 und 10 000 neue Ebola-Fälle in Westafrika. Die Seuche breitet sich rasant aus. Inzwi-

schen seien der WHO mehr als 8 900 Erkrankte gemeldet worden, sagte der Vize-Generaldirektor der Behörde, Bruce Aylward. Mehr als 4 400 Menschen seien gestorben, vor allem in Guinea, Liberia und Sierra Leone. Experten gehen von ei-

ner hohen Dunkelziffer aus.

Gestern war bekanntgeworden, dass der Ebola-Patient aus Afrika, der in einer Leipziger Klinik behandelt wurde, tot ist. Der Mann ist der erste in Deutschland gestorbene Ebola-Patient. *Panorama*

Tod auf der Isolierstation

VON ALEXANDER SCHIERHOLZ

LEIPZIG/MZ - Am Ende waren alle Anstrengungen vergeblich. Der an Ebola erkrankte 56-jährige Sudanese, der in einer Isolierstation des Leipziger St.-Georg-Klinikums behandelt wurde, ist tot. Nach Angaben des Krankenhauses starb der UN-Mitarbeiter in der Nacht zum Dienstag „an den Folgen seiner Erkrankung“. Detaillierte Informationen hält die Klinik unter Hinweis auf die ärztliche Schweigepflicht zurück.

Der Mann, der sich beim Hilfseinsatz in Liberia mit dem Ebola-Virus infiziert hatte, war am vergangenen Donnerstag in einem Spezialflugzeug mit einer Isolationskammer nach Leipzig gebracht worden. Das dortige St.-Georg-Klinikum ist eines von sieben deutschen Behandlungszentren, die auf hochansteckende Krankheiten spezialisiert sind. Die Ärzte hatten seinen Zustand als „hochgradig kritisch, wenngleich stabil“ eingestuft. Seine Chancen auf Heilung galten aber als ungewiss.

Nun aber haben sie traurige Gewissheit im St. Georg: „Trotz der intensiven medizinischen Betreuung konnte der Tod nicht verhindert werden“, sagte Klinikum-Geschäftsführerin Iris Minde. Das städtische Gesundheitsamt erklärte, der Leichnam solle „unverzüglich“ eingäschert werden. Zuvor muss er nach einem Maßnahmenkatalog des Robert-Koch-Institutes (RKI) in einer flüssigkeitsdichten Plastikhülle in einen von außen desinfizierten Sarg gelegt werden.

Dieser soll laut RKI speziell gekennzeichnet und in einem Kühlraum gelagert werden. Eine Einäscherung ist nicht zwingend vorgeschrieben, wird aber empfohlen. Die Stadt entschied sich dafür, obwohl der Mann Muslim war und seine Religion eine Feuerbestattung eigentlich verbietet. So soll eine mögliche Ansteckungsgefahr nach einer Erdbestattung ausgeschlossen werden.

Die Ärzte, Schwestern und Pfleger, die bei der Behandlung des Kranken eingesetzt waren, werden nach Angaben des Klinikums kontinuierlich gesundheitlich überwacht. Der Chefarzt der Klinik für Infektiologie, Tropenmedizin und Nephrologie, Bernhard Ruf, schloss eine Ansteckung mit dem Ebola-Virus, wie in einem vergleichbaren Fall in Spanien, allerdings aus. Alle Maßnahmen zum Schutz des Personals seien unter höchsten Standards durchgeführt worden, so

dass keine Gefahr für andere bestanden habe, sagte Ruf.

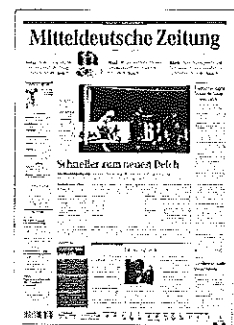
Der Mann war rund um die Uhr im Schichtsystem von jeweils

mindestens sechs Mitarbeitern versorgt worden. Sie trugen flüssig-

keitsdichte Schutzanzügen, von denen am Tag bis zu 100 verbraucht wurden. Das Ausziehen der Anzüge übernahmen Dritte. Pro Stunde wurden laut Klinikum bei der Behandlung 20 bis 30 Einweg-Handschuhe gewechselt. Die Bekleidung und sonstiges notwendiges Material wie etwa Tupfer gelten als Sondermüll. In einem gasdicht verschließbaren Druckbehälter werden sie bei Überdruck sterilisiert, um anschließend verbrannt zu werden. Das Krankenzimmer in der Isolierstation ist mit einem speziellen Lüftungssystem ausgestattet, das die Zu- und Abluft filtert. Auch das Abwasser werde entgiftet, so das Klinikum.

Der in Leipzig verstorbene Patient war einer von drei Ebola-Erkrankten, die in Deutschland behandelt werden beziehungsweise wurden. In Hamburg wurde ein Mann aus dem Senegal mittlerweile als geheilt entlassen. Der Zustand eines Patienten aus Uganda, der in Frankfurt (Main) betreut wird, gilt als ernst, aber stabil.

Mehr zum Thema im Netz:
www.mz-web.de/ebola



VERDACHT

Arzt muss melden

Die Isolerstation im St.-Georg-Klinikum ist Anlaufstelle für ganz Mitteldeutschland. Laut Sozialministerium würden auch Patienten mit Ebola-Verdacht aus Sachsen-Anhalt umgehend dorthin gebracht. Das gilt auch für Asylbewerber, die in der Erstaufnahmestelle in Halberstadt ohnehin routinemäßig auf ihre Gesundheit untersucht werden. Ärzte, bei denen sich Verdachtspatienten melden, müssen das Gesundheitsamt informieren. Das setzt dann das Land in Kenntnis. MZ

Platz für 50 Erkrankte

Deutschland ist bereit, weitere Behandlungen vorzunehmen.

VON STEVEN GEYER

BERLIN/MZ - In Westafrika starben an der schlimmsten Ebola-Epidemie aller Zeiten seit dem Ausbruch im März mehr als 4 000 Menschen. Die wichtigsten Fragen und Antworten zur Seuchenbekämpfung:

1 Nehmen auch andere EU-Staaten Kranke auf?

Zurzeit werden allein in Deutschland und Spanien Ebola-Fälle behandelt. In Madrid hatte sich als erste Infektion in Europa eine Krankenschwester bei der Behandlung heimgekehrter Priester angesteckt. Die nach Deutschland eingeflogenen Patienten wurden nach Deutschland gebracht, weil es hier sieben versierte Behandlungszentren und vier spezialisierte Flughäfen gibt.

2 In Westafrika gibt es mehr als 8 400 Infizierte. Wer wird nach Europa ausge-

flogen?

Afrika verlassen ausschließlich ausländische Nothelfer, die sich bei der Ebola-Bekämpfung infiziert haben. Ihre Hilfsorganisationen wenden sich an die Weltgesundheitsorganisation, die direkt bei den europäischen Außenministerien nachfragt. Auch die Behandlungskosten - im Extremfall bis zu 250 000 Euro - übernehmen die Hilfsorganisationen, deren Versicherungen einspringen.

3 Wird Deutschland weiterhin infizierte Nothelfer behandeln?

Laut Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) kann Deutschland bis zu 50 Ebola-Patienten aufnehmen, wozu man auch bereit sei. Derzeit gebe es aber keine konkreten Anfragen.

4 Besteht die Gefahr, dass dadurch das Virus nach draußen dringt und Ebola in Deutschland um sich greift?

Gröhe nennt das „sehr unwahrscheinlich“: „In unserem Land besteht nach Einschätzung aller Experten nur eine sehr, sehr geringe Wahrscheinlichkeit, dass es zu einer Ebola-Erkrankung über Einreise eines Erkrankten kommen kann.“ Dennoch sei man dagegen gewappnet.

5 Welche Schutzmaßnahmen gegen eine Ausbreitung in Europa wird es geben?

Darüber wollen die EU-Gesundheitsminister morgen auf einem Krisengipfel in Brüssel beraten. Für Deutschland nimmt Gröhe teil. Im Gespräch sind etwa Anlaufkontrollen, wie es sie bereits an US-Flughäfen und in Großbritannien gibt. Daten, Reiserouten sowie Körpertemperatur von Passagieren werden erfasst. Gestoppt werden kann die Seuche aber nur am Krisenherd Westafrika selbst.



GEDENKEN

Jüdische Schicksale in Bernburg

Vortrag und eine Wanderausstellung


BERNBURG/MZ - An zwei in Bernburg ermordete jüdische Frauen aus dem Konzentrationslager Ravensbrück erinnern Straßennamen in Bernburg: Olga Benario und Tilde Klose. Was wurde aber aus den jüdischstämmigen Bernburgerinnen während der NS-Zeit? Ein Vortrag von Joachim Grossert „Am Ende hießen alle Sara“ schildert an Hand prägnanter Lebensbilder, wie aus vormals geachteten und gleichberechtigten Mitbürgerinnen Ausgestoßene, Vertriebene und (Selbst-)Mordopfer wurden. Der Vortrag findet am 16. Oktober ab 18 Uhr in der Stadtbibliothek Bernburg, Lindenplatz 5, statt. Der Eintritt ist gebührenfrei, um eine Anmeldung wird jedoch gebeten unter der Telefonnummer 03471/62 30 01.

Wanderausstellung

Der Vortrag ist eingebettet in eine Wanderausstellung, die noch bis zum 22. Oktober in der Marienkirche Bernburg am Altstädter Kirch-

hof zu sehen ist.

Die von der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück erarbeitete Ausstellung „Jüdische Frauen im Konzentrationslager Ravensbrück“ steht seit 2008 zur Verfügung. Thema ist die Geschichte der jüdischen Häftlinge, die aus nahezu allen europäischen Ländern in das KZ verschleppt wurden. Rund 20 Prozent von ihnen haben die Befreiung des Lagers nicht mehr erlebt. Gezeigt werden mehr als 200 Dokumente, Filmausschnitte und Gegenstände an Tafeln, in Vitrinen und auf Lesepulten. Die Wanderausstellung kann in der Zeit von 10 bis 16 Uhr montags bis freitags besucht werden. Der Eintritt ist gebührenfrei. Öffentliche Führungen durch die Wanderausstellung finden nicht statt.

 Vor dem Ausstellungsbesuch mit Schulklassen wird um Voranmeldung im Pfarramt der Talstadtgemeinde unter der Telefonnummer 03471 353613 oder per E-Mail: kontakt@talstadtgemeinde-bernburg.de gebeten.



Reise an den schlimmsten Ort deutscher Geschichte

Mit der Europäischen Jugendinitiative reisten 50 Schüler aus dem Harzkreis nach Auschwitz

Von Maximilian Friedrich
Halberstadt/Oswiecim • Das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau wurde als größtes Vernichtungslager Nazideutschlands zu einem Symbol für den Holocaust.

„Es ist unheimlich, zu einem Ort zu reisen, wo so viele Menschen umgekommen sind“, sagte ein Jugendlicher. Zusammen mit 50 anderen Schülern aus dem Harzkreis hat er an einer Reise zur Gedenkstätte Auschwitz teilgenommen. Unter gespannter Erwartung mischte sich bei den Harzern auch Nervosität. Die Initiative „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ lud

zur Studienfahrt nach Polen mit Stationen in Krakau und den ehemaligen Konzentrationslagern Auschwitz I und Auschwitz-Birkenau ein.

Der erste Teil der Exkursion bestand aus einer Stadtführung durch die Altstadt von Krakau, welche die Teilnehmer weitestgehend selbstständig

organisierten. Die Vorträge behandelten nicht nur die Zeit des Nationalsozialismus, sondern auch das jüdische Leben vor 1933.

Es folgten Besichtigungen des ehemaligen Stammlagers Auschwitz I und des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau. Die Führung durch die

Gedenkstätte wurde unkonventionell gestaltet. Unter anderem wurden auch Gedichte ehemaliger Häftlinge vorgelesen. Als besonders ergreifend empfanden die Schüler den Gang durch das ehemalige Vernichtungslager.

Fast 70 Jahre nach den Verbrechen der Nazis fiel es vielen nach wie vor schwer, das Ausmaß jener Gräueltaten zu verarbeiten. Dennoch war die Fahrt für jeden der Teilnehmer ein einzigartiges Unternehmen, bei dem sich auch die Gelegenheit bot, sich mit anderen über Erfahrungen mit der Organisation auszutauschen. 1995 in Deutschland gegrün-

det, bietet die Europäische Jugendinitiative eine aktive Auseinandersetzung mit Diskriminierungen unterschiedlicher Art.



Der Autor des Beitrags, Maximilian Friedrich, besucht das Käthe-Kollwitz-Gymnasium in Halberstadt



SACHSEN-ANHALT

DROGENBERATUNG

Hilfe für Crystal-Konsumenten

HALLE/MZ/MIT - In Halle gibt es ein neues Hilfsangebot für Konsumenten der Modedroge Crystal (Foto): In der anonymen Sprechstunde „Checkpoint C“ können Betroffene einen kostenlosen Gesundheitscheck machen lassen. Zudem werden sie von geschulten Medizin- und Sozialarbeit-Studenten beraten, wo sie weitere

medizinische oder soziale Hilfe erhalten. Das Projekt wurde von der Ostdeutschen Arbeitsgruppe Suchtmedizin, der Hochschule Merseburg und der Uniklinik Halle gegründet. Es ist spendenfinanziert, die Berater arbeiten ehrenamtlich.

FOTO: ARCHIV

Mitteldeutsche Zeitung / Mantelteil 15.10.2014



Explodierende Kosten

Braunsbedra gehen für die Suche nach alten Kampfmitteln die Fördergelder aus.

BRAUNSBEDRA/MZ/ST - Die Suche nach alten Fliegerbomben auf dem Braunsbedraer Hafengelände am Geiseltalsee wird erheblich teurer als ursprünglich kalkuliert. Grund dafür ist zum einen eine Auflage des Kampfmittelbeseitigungsdienstes Sachsen-Anhalt für den zweiten Bauabschnitt, der den Parkplatz und die Abgrenzungen beinhaltet. Die Suche nach alten Blindgängern hat demnach aufgrund neuer Erfahrungswerte nicht nur bis vier Meter Tiefe stattzufinden, sondern musste auf sechs Meter vergrößert werden. Ausgenommen von den erweiteren Messungen waren die bereits sanierten Böschungen, denn dies hätte laut Ina Neumann, Leiterin des Bauamtes Braunsbedra, die Stabili-

tät gefährdet.

Allerdings musste nun mit anderer Technik gearbeitet werden. „Die tieferen Messungen sind nicht mehr mit Detektoren zu machen, sondern das geht nur mit einem computergestützten System“, erklärt Neumann. Das größte Problem seien jedoch alte Leitungen auf dem Gelände. Die Vorbesitzer, die Bergbausanierung LMBV sowie die Mitteldeutsche Sanierungs- und Entsorgungsgesellschaft (MDSE), hatten mitgeteilt, dass es diesbezüglich keine Altlasten mehr gibt. Doch dem war nicht so. „Jedes Mal, wenn wir einen Störpunkt auf dem Schirm hatten, musste dieser freigelegt werden. Und wir mussten wirklich viele alte Kabel aus der Erde holen, die Entsorgung tra-

gen sowie dann das komplette Areal erneut prüfen.“

Das alles treibe die Kosten derzeit in eine noch nicht festlegbare Höhe. Nur soviel steht dabei laut Neumann fest: Die 900 000 Euro

aus Fördermitteln der EU, des Bundes und des Landes, an denen sich Braunsbedra mit zehn Prozent beteiligt, werden nicht ausreichen.

Das Problem sei nun, die Frage zu klären, wie diese Mehrkosten umgelegt werden. Neumann: „Wir sind ja nicht die ursprünglichen Eigentümer und müssen nun prüfen, inwieweit die Vorbesitzer an den Mehrkosten beteiligt werden können.“ Unabhängig davon seien die beiden bisherigen Bombenfunde vom 29. September sowie 8. Oktober übrigens innerhalb des Viermeter-Rahmens gewesen.



Streit um 2000 Euro Hundesteuer

Gemeinde erhebt hohen Betrag für „Kampfhunde“ / Richtungsweisendes Urteil erwartet

Zahlreiche Kommunen in Deutschland erheben für Kampfhunde erhöhte Steuern. Eine bayerische Gemeinde verlangt 2000 Euro. Zu viel? Das muss das Bundesverwaltungsgericht jetzt klären.

Leipzig (dpa) • Mona gilt als ein friedlicher Hund, das hat sie sogar schriftlich. Trotzdem zählt die Rottweilerhündin in ihrem bayerischen Zuhause als Kampfhund der Kategorie 2. Die Gemeinde Bad Kohlgrub, in der Monas Besitzer leben, verlangt deswegen eine Kampfhundesteuer. 2000 Euro pro Jahr sollen die Halter für Mona zahlen. Ein „normaler“ Hund kostet dagegen lediglich 75 Euro. Das wollten die Hundebesitzer nicht akzeptieren und klagten.

Heute wird sich das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig in dritter Instanz mit Mona beschäftigen. Es muss klären, ob 2000 Euro Steuer für einen Kampfhund angemessen sind, oder ob diese Steuer eine unzulässige „erdrosselnde Wirkung“ entfaltet. (Az.: BVerwG 9 C 8.13) Das Urteil dürfte richtungsweisend für alle Kommunen sein, die höhere Steuerbeträge für sogenannte Kampfhunde einfordern.

Anwalt Michael Fingerhut, der Monas Besitzer in dem Rechtsstreit vertritt, hält die 2000 Euro für „exorbitant hoch“. „Gerechnet auf ein Hundeleben entspricht das dem Preis eines Mittelklassewagens“, sagt Fingerhut. Zahlreiche Gemeinden, gerade in Bayern, seien dazu übergegangen, „sich durch eine Erhöhung der Hundesteuer die

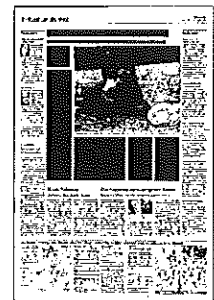
Stadtkasse zu füllen“, meint Fingerhut. Ohnehin betreiben die Gemeinden über die Steuern Ordnungspolitik, das bedeutet: Mit höheren Steuern für Kampfhunde soll deren Haltung zurückgedrängt werden.

„Die Gemeinde hat einen hohen Betrag gewählt, um die

Natürlich dürfe die Steuer keine „erdrosselnde Wirkung“ haben. Aber woran genau sich das messen lasse, sei ziemlich unklar. „Wir erhoffen uns von der Entscheidung eine Richtschnur, wie man das berechnen und wie hoch man gehen kann“, sagt Funk.

Nach der Rechtslage darf eine Hundesteuer nur so hoch sein, dass sie eine Haltung nicht unmöglich macht. In der Vorinstanz hatte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) Monas Besitzern recht gegeben. Die Steuerbelastung übersteige die sonstigen Kosten für die Hundehaltung deutlich, urteilte der VGH. Die Bundesverwaltungsrichter müssen nun klären, ob diese Kosten als Anhaltspunkt für die Beurteilung der „erdrosselnden Wirkung“ einer Steuer taugen.

Anwalt Fingerhut treibt noch ein zweites Problem um. „Was ist denn eigentlich ein Kampfhund?“, fragt er. Mona habe von einem Sachverständigen ein einwandfreies Verhalten bescheinigt bekommen. Sie bekam ein sogenanntes Negativ-Attest. Dass sie trotzdem als Kampfhund der Kategorie 2 eingestuft wird, hält Fingerhut für einen unsinnigen Widerspruch. Er meint: „Der Hund ist vergleichbar mit einem Dackel oder Pudel - bloß größer.“





Steuer für als gefährlich eingestufte Hunde

Auch in Sachsen-Anhalt liegt die Steuer für Hunde, die als gefährlich eingestuft sind, häufig höher als der Betrag für andere Hunde. Drei Beispiele:

Saltzwedel
* 240 Euro für einen gefährlichen Hund (sonst 60 Euro)
Magdeburg
500 Euro (96 Euro)
Halberstadt
858 Euro (64 Euro)

Als gefährlich gelten in Sachsen-Anhalt folgende Hunderassen:

Pitbull-Terrier, American Staffordshire-Terrier, Staffordshire-Bullterrier, Bullterrier sowie deren Kreuzungen.

Weitere Hunderassen können von den Kommunen ergänzt werden. Auch verhaltensauffällige Hunde zählen dazu. (by)

sem Lenkungsaspekt zur Geltung zu verhelfen“, bestätigt

Kerstin Funk, Rechtsanwältin der Gemeinde Bad Kohlgrub.



Professor fordert, Ermittlungen voranzutreiben

Fachtagung zu den Gohrde-Morden mit dem Rechtsmediziner Klaus Püschel / Nur noch ein Beamter auf den Fall angesetzt

Von Björn Vogt

Gohrde • Professor Klaus Püschel ist ein bekannter Rechtsmediziner aus Hamburg. Er untersucht Gewaltopfer - Lebende und Tote. Er hat die Ex-Freundin von Jörg Kachelmann ebenso begutachtet wie Uwe Barschel. Er war der „Stargast“ einer zweitägigen Tagung im Nachbarlandkreis Lüchow-Dannenberg. Thema: Gewaltverbrechen im Wendland. Püschel drückte es unverhohlen so aus: „Warum ist das Wendland für uns so spannend? Weil es hier so geile Fälle gibt!“ Der schlimmste Massenmörder der Nachkriegszeit, der „Totmacher“ Rudolf Pleil, hatte hier ebenso zugeschlagen wie etwa ein junger Vater, der seinen Sohn, ein Frühchen, aus Aberglauben heraus umbrachte. „Im Wendland ist man dem Aberglauben noch sehr zugeneigt“, so Püschel süffisant.

Im Fokus der gut besuchten Tagung aber standen die ungeklärten Doppelmorde in der Gohrde vor 25 Jahren, die zu den unheimlichsten Verbrechen der Nachkriegszeit gehören. Da die Veranstaltung offen für Interessenten war, verzeichnete Organisator Rolf Meyer rund 50 Besucher. Bis

aus Dortmund reisten Teilnehmer an. Im Internet nämlich wird das Thema - etwa im Forum „allmystery.de“ - hoch und runter diskutiert.

Püschel referierte über die Obduktion der ersten beiden Opfer, das Ehepaar Reinhold aus Hamburg. Dafür brachte er Experten aus dem Institut für Rechtsmedizin (IfR) der Uniklinik Eppendorf mit. Dr. Eilin Jopp berichtete über forensische Anthropologie. Dr. Axel Gehl, der seinerzeit die Gohrde-Mordopfer obduzierte, sprach über Blutspuren-Analyse.

Ein Profiler der Polizei berichtete zudem über operative Fallanalyse und riet gerade in Sachen Gohrde-Morde zu „Logik und nachvollziehbaren Schlüssen auf fundierter Datenbasis“. Denn im Internet wird reichlich spekuliert.

„Das ist unhaltbar.“

Erstaunt waren die Anwesenden, als sie erfuhren, dass zurzeit nur ein einziger Ermittler auf den Fall angesetzt ist. Fachkommissar Detlef Ziech von der Kripo Lüneburg ist aktuell für die Gohrde-Morde zuständig. Er hat den

Fall vor zwei Jahren von Dieter Weihser „zur Betreuung“ übernommen. Weihser ging damals reichlich frustriert in den Ruhestand. Und obwohl man buchstäblich alles versucht und jede Theorie verfolgt habe, sei das bisherige Ergebnis „schlecht“, so Ziech unumwunden.

Obwohl auch damals schon Querdenker auf den Fall angesetzt worden waren und auch die abwegigsten Theorien verfolgten. Ziech merkte an, dass zur Zeit nicht aktiv an dem Fall gearbeitet wird.

„Das ist unhaltbar“, kritisierte Püschel, der dafür plädiert, dem Fall mit heutigen Analyse-Methoden wieder mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Es gäbe neben den beiden Haaren, die dem Täter zugeordnet werden, durchaus weitere vielversprechende Spuren in den Akten, zum Beispiel eine Musikkassette.

Am zweiten Tagungstag fuhr die Gruppe zu einem makaberem kleinen Ausflug in die Gohrde an den ersten Tatort.

„Teilweise derangiert.“

Professor Klaus Püschel

Mitarbeiter des Institut für Rechtsmedizin stellten die

Situation am Fundort nach: die Leichen, mit dem Gesicht nach unten, die Hände gefesselt. Die Opfer wurden stranguliert, erschlagen, erschossen, die Kleidung laut Püschel „teilweise weg, teilweise derangiert“, sprich: der BH zerrissen. Sämtlicher Schmuck wurde an den mumifizierten Opfern noch gefunden - einen Raubmord schließen die Ermittler aus.

Heute geht die Polizei davon aus, dass es sich wahrscheinlich um einen Täter (nicht um mehrere) handelt, der psychische Defekte aufweist und einen starken Bezug zur Gohrde hat. Sexuelle Motive werden für sehr wahrscheinlich gehalten. Das Fernglas, das die ersten Opfer, das Ehepaar Reinhold, angeblich bei sich getragen hatten, hätten die Töchter Jahre später im Keller gefunden.

Die Zuhörer erfuhren auch, dass die Polizei das damals angefertigte Phantombild heute für falsch hält. Die Theorie Auftragsmord aus Eifersucht und eine mögliche Verwechslung der Opfer hält die Polizei ebenfalls für abwegig. Was bleibt, sind jede Menge Fragen und exakt 2005 Spuren in den Akten.



KRIMINALITÄT

Polizei will Ermittlungen intensivieren

Junger Mann aus Globig läuft nachts Streife.

GLOBIG/MZ/MAC - Die beiden Globiger Familien, die von Unbekannten terrorisiert werden (die MZ berichtete), hatten eine vergleichsweise ruhige Nacht. Das sagte gestern Robert Nenz, einer der Betroffenen. Was damit zu tun haben könnte, dass er sich mit Freunden entschlossen hat, nachts samt Hund Streife zu laufen. „Wir machen das so lange, bis hier wieder Ruhe ist“, kündigt der junge Mann an. Nenz spricht von drei Unbekannten, die mehrfach spätabends aufgetaucht seien - einmal hätte er sie fast erwischt. Sein Auto ist demoliert worden, der Zaun um das Haus, außerdem brannte nachts gegen 1 Uhr ein Schuppen auf seinem und dem Nachbargrundstück. Die Polizei will sich jetzt intensiver mit dem

Fall befassen. „Wir werden unser Augenmerk darauf legen“, sagte Revierchef Marcus Benedix gegenüber der MZ. „Ich habe die Kripo beauftragt, für mich zu recherchieren, wie sich das genau verhält.“ Etwa, ob zu allen in der Zeitung aufgeführten Vorfällen Strafanzeigen vorliegen. Er vermutet persönliche Hintergründe. Robert Nenz kann sich das nicht vorstellen: „Ich habe dafür überhaupt keine Erklärung. Ich kenne die Leute hier und die kennen mich.“ Was die Brände betrifft, die schon öfter für Angst und Schrecken sorgten, wirbt Benedix um Verständnis, dass es schwierig sei, die aufzuklären, weil sich kaum Spuren fänden. Er bittet die Bürger um Wachsamkeit und Hinweise. *Kommentar Seite 8*

Mehr Präsenz

Die Verunsicherung in Globig ist mit Händen zu greifen. Nicht wenige Menschen haben schlicht Angst und fühlen sich allein gelassen. Eine Vielzahl unaufgeklärter Brandstiftungen hinterlässt Spuren. Ob die etwas mit den aktuellen Fällen zu tun haben, bei denen Menschen regelrecht terrorisiert werden, sei einmal dahin gestellt. Die Situation jedenfalls ist denkbar heikel, so heikel, dass die Betroffenen zur Selbsthilfe greifen und nachts mit Hund Streife laufen durch ihren Ort, um weiteren bösen Überraschungen vorzubeugen. Zu

verdenken ist ihnen das nicht. Man muss sich nur vorstellen, wie das ist, wenn man ständig in Panik ist, weil womöglich ein Brandstifter ums Haus schleicht. Gefallen kann der Polizei trotzdem nicht, wenn Bürger sich genötigt sehen, zur Selbsthilfe zu greifen. Sie muss in dem Ort massiv Präsenz zeigen, auch nachts - und wenn es nur der Beruhigung dient. Sollte es freilich stimmen, dass die Täter oft zur selben Zeit auftauchen, dürfte es so schwer nicht sein, sie dingfest zu machen. *Seite 7*

Den Autor erreichen Sie unter:
marcel.duclaud@mz-web.de



750 Liter Gerstensaft beschlagnahmt

Hauptzollamt Magdeburg findet bei Razzia mit anderen Behörden auf Autobahn illegal eingeführte Waren. Auch Fälle von Schwarzarbeit aufgedeckt.

VON ROLAND LÜDERS

QUERFURT - Vor allem nach Schwarzarbeitern fahndeten während groß angelegten zweitägigen Kontrollaktion auf dem Parkplatz „Querfurter Platte“ an der Autobahn 38 Beamte in beiden Fahrtrichtungen mehrerer Behörden. Neben Polizei, Bundesamt für Güterverkehr und Landesumweltamt auch 35 Zollbeamte des Hauptzollamts Magdeburg beteiligt. Die Schwerpunktprüfung des Zolls richtete sich vor allem gegen illegale Beschäftigung im Transport- und Logistikgewerbe.

An beiden Tagen, so teilt das Zoll-

amt mit, befragten seine Beamten insgesamt 580 Personen. Dabei wurden in mehreren Fällen Hinweise auf Leistungsbetrug, Scheinselbstständigkeit und Unterschreitung des Mindestlohns festgestellt. „Diese bedürfen noch einer tiefergehenden Prüfung“, so Zollamts-Pressesprecher Ralf Klose gegenüber unserer Zeitung.

Im Rahmen der Aktion wurden auch Reisende nach mitgeführten Waren kontrolliert, die Verboten oder Beschränkungen unterliegen. Dabei kam auch ein mobiles Röntgengerät zum Einsatz. Entdeckt wurden unter anderem 210 Liter zu

viel mitgeführten Dieselmotoren, rund 2700 ungesteuerte Zigaretten sowie rund zwölf Kilogramm ungesteuerter Tabak-Feinschnitt.

Darüber hinaus haben die Zöllner 32 Liter hochprozentigen Alkohol und fast 750 Liter Bier aus Polen beschlagnahmt. Wegen des Mitführens von Waffen (zwei Schlagringe und ein Wurfstern) sowie Betäubungsmitteln aus Tschechien wurden insgesamt sechs Strafverfahren eingeleitet. Zwei Hundewelpen aus Polen, deren Tierpässe Unregelmäßigkeiten aufwiesen, wurden an den zuständigen Veterinär übergeben



KONTROLLE

750 Liter Bier vom Zoll beschlagnahmt

Schmuggelware und
Schwarzarbeit im Blick.

WEISSENFELS/MZ/ZE - Zoll, Autobahnpolizei und Bundesamt für den Güterverkehr haben offenbar mehrere Fälle von Leistungsbruch, Scheinselbstständigkeit und Unterschreitung des Mindestlohns aufgedeckt. Wie viele es genau sind, das müssen erst weitere tiefergehenden Prüfungen klären, heißt es in einer Pressemitteilung des Magdeburger Hauptzollamtes nach einer zweitägigen Kontrolle an der Autobahn 38. Die habe sich hauptsächlich gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung im Transport- und Logistikgewerbe gerichtet, erklärte ein Zollsprecher. Insgesamt seien an den beiden Tagen Ende voriger Woche 580 Personen während der Kontrolle befragt worden.

Parallel dazu habe man aber auch Reisende auf mitgeführte Waren kontrolliert, die Verboten oder Beschränkungen unterliegen. Dazu gehört zum Beispiel Alkohol. So wurden unter anderem 750 Liter Bier und 32 Liter hochprozentiger Alkohol aus Polen beschlagnahmt. Um die Waren aufzuspüren, setzten Zoll und Polizei auch ein mobiles Röntgengerät ein. Mit ihm habe man auch 210 Liter zu viel mitgeführten Dieseldieselkraftstoff aufgespürt und rund 2 700 un versteuerte Zigaretten. Wegen des Mitführens von zwei Schlagringen und eines Wurfsterns, die unter das Waffengesetz fallen, und kleinerer Mengen Drogen aus Tschechien habe man sechs Strafverfahren eingeleitet, heißt es in der Pressemitteilung weiter. Zudem habe man zwei Hundewelpen aus Polen entdeckt, deren Tierpässe Unregelmäßigkeiten aufwiesen haben. Die Tiere wurden an den zuständigen Veterinär übergeben, heißt es.



Völlig untypisch

ZUSAMMENARBEIT Feuerwehr Jessen kooperiert mit Bundeswehr in Holzdorf.

VON SVEN GÜCKEL

HOLZDORF/MZ - Was tun, wenn in oder auf dem Flugsimulator der Bundeswehr Holzdorf Verletzte geborgen werden müssen, fragten sich Mitarbeiter der Firma HFTS Helicopter Flight Training Services GmbH. Der in Holzdorf aufgebaute Simulator projiziert am Bildschirm Realbedingungen und ermöglicht es, angehende oder gestandene Piloten des Transporthubschraubers NH90 in den unterschiedlichsten Situationen zu schulen. Gesteuert wird die bewegliche Kugel von mehr als 100 Rechnern, die im dazugehörigen Gebäude untergebracht sind.

Die Projektoren, die der Crew während ihres simulierten Fluges die Außenbilddarstellung projizieren, sind hingegen auf dem Dach der Kugel in etwa zehn Meter Höhe

montiert. „Während des Übungsbetriebes befindet sich niemand an diesem Platz“, erläutert Torsten Böttcher, Leiter des Simulators Holzdorf. Allerdings sind die Geräte regelmäßig zu warten. Sollte dabei einem Mitarbeiter etwas zustoßen, gab es bislang außer dem Ableinen keine andere Möglichkeit der Rettung. Die Flugplatzfeuerwehr, so Böttcher, sei dazu technisch nicht in der Lage.

Hilfe anbieten kann die Freiwillige Feuerwehr Jessen. Sie besitzt mit dem Hubsteiger ein Rettungsfahrzeug, dessen Rettungskorb bis auf eine Höhe von 27 Metern ausgefahren werden kann. Bislang hat das Fahrzeug seine Fähigkeiten nur bei Außeneinsätzen demonstriert. Innerhalb eines Gebäudes, das gab es noch nie, betonte Jessens Stadtwehrleiter Hans-Peter

Schaefer. Jessener und die Flugplatzfeuerwehr spielten deshalb ein Rettungsszenario durch. Größte Schwierigkeit war, das Fahrzeug so in der Halle zu positionieren, dass sich der Arm der Hubrettungsbühne problemlos ausfahren ließ. „Viel Raum haben wir nicht. Zudem stellt das Tor, das nach innen zusammengefahren wird, ein Hindernis für uns dar.“ Doch diese Herausforderung begeisterte Schaefer. „Es ist gut, einmal etwas Kompliziertes, völlig Untypisches trainieren zu können.“ Dass die Rettung wie geplant möglich wäre, beruhigt Torsten Böttcher. Innerhalb von 20 Minuten wäre Jessens Feuerwehr im Notfall am Simulator. Bis dahin obliegt es der Flugplatzfeuerwehr, erste Maßnahmen zur Rettung von Personen zu übernehmen.

Mehrere Standorte

Die HFTS Helicopter Flight Training Services GmbH ist nach eigener Aussage der weltweit erste und führende Anbieter von Dienstleistungen auf Simulatoren für den Transporthubschrauber NH90. Die HFTS betreibt vier Full

Flight Simulatoren in Holzdorf, Hallbergmoos (Bayern), Bückeburg und Fassberg (beide Niedersachsen) und die dafür peripheren Unterstützungssysteme an drei Standorten. „Die Simulatoren

und Unterstützungssysteme wurden von der HFTS entwickelt, gebaut und finanziert und stehen nationalen und internationalen Kunden für ein breites Trainingsspektrum zur Verfügung.“ GRO



Stadt bereitet neuen Antrag für Miester Gerätehaus vor

Nun im Verbund mit neuer Risikoanalyse

Mieste (pn) • Die Stadt möchte einen Neubau des Miester Feuerwehrgerätehauses stellen. Dies sagte Fachbereichsleiterin Birgit Matthis. Sie machte den Stadträten allerdings keine großen Hoffnungen. „Es sieht nicht gut aus“, sagte Matthis.

Bereits seit Jahren versuche die Stadt, Fördermittel für den Bau zu erhalten, erklärte Matthis auf Volksstimme-Nachfrage. Seit 2010 habe die Hansestadt Gardelegen bereits fünf Anträge gestellt und diese oftmals nochmal überarbeitet und erneut versendet.

„Wir sind im engen Kontakt mit dem Innenministerium.

Aber von dort heißt es: „Es ist kein Geld da“, erklärte die Fachbereichsleiterin.

Der neue Antrag soll mit der Fortschreibung der Risikoanalyse verbunden werden. Das derzeitige Gerätehaus entspricht nicht den gesetzlichen Bestimmungen. Unter anderem ist zu wenig Platz vorhanden. Die Fortschreibung der Risikoanalyse soll dem Gardeleger Stadtrat in seiner Sitzung im Dezember zum Beschluss vorgelegt werden und wird vorher in den zuständigen Ausschüssen beraten. „Dann geht der Antrag wiederholt raus“, sagte die Fachbereichsleiterin.



Wuster Einsatzkleidung schimmelt

Ausweichquartier im Keller der Schule ist seit der Flut feucht und muffig

Das Gerätehaus der Wuster Feuerwehr, das im Juni 2013 nach der Flut etwa 35 Zentimeter hoch geflutet war, wird gerade saniert – die Platzprobleme allerdings werden damit nicht behoben.

Von Anke Schleusner-Reinfeldt Wust • Denn das Gerätehaus ist nicht viel größer als eine Autogarage. Das TSF-W passt gerade so rein. Damit die Kameraden die an den Wänden hängende Einsatzkleidung anziehen können, muss das Auto erst einmal rausgefahren werden. Und durch die Sanierung sind noch ein paar Zentimeter an jeder Wand verlorengegangen. Denn die Sauerkrautplatten wurden durch Gipskarton ersetzt. „Nun wird es noch enger!“ kann sich Jugendwart Christian Schäler nicht so richtig auf den baldigen Wiedereinzug freuen. Die Treppe nach oben in den Versammlungsraum fehlt noch sowie diverse Kleinigkeiten, dann ist das Gerätehaus wieder nutzbar.

Ausweichquartier ist eine Garage auf dem Bauhof. „Die ist gar nicht so schlecht“, findet Christian Schäler. Denn sie ist auf jeden Fall größer. „Vielleicht hätte man das Geld für die Sanierung hier investiert

und wir hätten ein Domizil, das den Ansprüchen gerecht wird.“ Auf jeden Fall würden sich die Kameraden freuen, wenn sie die Garage auch weiterhin nutzen könnten. Denn als Lagerraum bietet sie sich bestens an.

Und bestimmt besser, als der Keller des Neubaus der Schule. Hier hat die Wehr diverse Dinge gelagert, auch Einsatzkleidung und Kleidung der Jugendwehr. Während der Sommermonate, bedingt durch die Sommerschule und Urlaub, schaute hier längere Zeit niemand nach dem Rechten – und dann kam die böse Überraschung: alles verschimmelt! Denn auch hier hatte der Keller im Wasser gestanden und die Sanierung muss noch erfolgen. „Wir haben die Sachen mit Schimmel-Ex behandelt und gewaschen, der Erfolg war mäßig. Zumindest können wir sie nutzen, aber schön sieht es nicht mehr aus“, erzählt der Jugendwart. Dabei kann er stolz auf seine Gruppe sein. Denn die besteht aus 16 Mädchen und Jungen – davon können andere Gemeinden nur träumen. Noch dazu, wo die Bedingungen in Wust nicht gerade motivierend sind. Denn bis auf den TSF-W hat die Wehr kein weiteres Fahrzeug. Und

das bietet gerade mal dem Fahrer und fünf Kameraden Platz. „Das heißt, dass die Aktiven ab dem 7. Mann mit dem eigenen Auto zum Einsatzort müssen. Und die Jugendlichen sind gar nicht motorisiert. Wenn wir mal zur Ausbildung ins Gelände oder zu Wettbewerben wollen, müssen wir immer auf Privat-Pkw zurückgreifen.“ Christian Schäler wünscht sich, dass der kaputte und in einer Scheune stehende LF 8 repariert wird – die Bremsen sind das Hauptproblem. „Vielleicht findet sich ja ein Sponsor, der die Arbeiten finanziert! Nicht nur die Jugendwehr, sondern auch die Aktiven würden davon profitieren.“ Ein anderes Fahrzeug – ein ausrangierter Bulli vielleicht – würde das Transportproblem auch lösen.

Von der für die Feuerwehren zuständigen Verbandsgemeinde erhofft sich die Wuster Wehr erst einmal keine Hilfe, „wir wissen doch, wie es um die Finanzen bestellt ist. 2017/18 sollen wir ein neues Fahrzeug bekommen – aber daran glaubt hier keiner“. Deshalb wollen sich die Wuster mit Hilfe von Sponsoren selbst helfen.



Unterschiede bei Förderung der Feuerwehren

Kalbe (cn) • Soll es in der Einheitsgemeinde Kalbe eine Vereinheitlichung bei der Bezuschussung von Feuerwehr-Veranstaltungen geben? Mit dieser Frage hat sich der Finanz- und Sozialausschuss während seiner nächsten Sitzung genauso zu beschäftigen wie mit der Frage nach einer einheitlichen Förderung von kulturschaffenden Vereinen (Volksstimme berichtete).

Wie Ausschussvorsitzender Wilfried Hartmann dazu sagte, gäbe es nicht nur in diesem Bereich unterschiedliche Handhabungen, sondern eben auch im Bereich Feuerwehr-Förderung. Hierbei gehe es jedoch explizit um Veranstaltungen, um nichts anderes.

Hartmann, der auch Ortsbürgermeister von Engersen ist, nannte als Beispiel sein Heimatdorf. Dort gäbe es meh-

rere Vereine, die zu fördern seien und für die das sogenannte Budget - es beträgt sechs Euro pro Jahr und Einwohner und kann für Brauchtumpflege ausgegeben werden - benötigt werde. Für Feuerwehr-Veranstaltungen bleibe da nur sehr wenig übrig. Andernorts hingegen gäbe es keine weiteren Organisationen, sodass es dort auch keine Schwierigkeit sei, die Feuerwehr aus dem jeweiligen Budget etwas großzügiger zu unterstützen.

Der Stadtrat müsse nun eine Entscheidung dazu fällen, ob es eine Vereinheitlichung geben oder ob die bisherige Handhabung beibehalten werden solle. Sie sei jedoch in seinen Augen, so Hartmann, nicht gerecht.

Der von ihm geleitete Ausschuss kommt am Mittwoch, 15. Oktober, um 19 Uhr im Rathaus in Kalbe zusammen. Die Sitzung ist öffentlich.



SITZUNG

Ausschüsse tagen zur Rettungswache

SANGERHAUSEN/EISLEBEN/MZ - Der skandalträchtige Neubau der kreiseigenen Rettungswache in der Lutherstadt Eisleben steht am heutigen Mittwoch im Mittelpunkt einer nicht öffentlichen Ausschusssitzung. In der Kreisverwaltung in Sangerhausen treffen sich der Betriebsausschuss Rettungsdienst und der Bau- und Vergabeausschuss des Kreistages zu einer gemeinsamen Tagung. Beide Gremien wollen sich einen Überblick über den Stand der millionenschweren Baumaßnahmen verschaffen. Wie berichtet, müssen aller Wahrscheinlichkeit nach sogar Teile des Rohbaus abgerissen werden.

Keine zweite Eingemeindung

STADTRAT Westdorf soll in den Grenzen des Zentralen Ortes Aschersleben liegen.

VON HARALD VOPEL
UND ANNE SCHNEEMELCHER

WESTDORF/ASCHERSLEBEN/MZ - Ein bisschen unheimlich erschien es den Westdorfer Ortschaftsräten schon, als ihnen die Beschlussvorlage für die heute stattfindende Stadtratssitzung auf den Tisch flatterte. In der Anlage eine Karte, in der die künftigen Grenzen des sogenannten Zentralen Ortes Aschersleben umrissen sind - inklusive des Ortsteils Westdorf. Stelle sich doch automatisch die Frage, was das zu bedeuten habe; eine zweite Eingemeindung - oder gar der völlige Verlust der verbliebenen Eigenständigkeit?

Nichts von alledem - erklärte der Ascherslebener Oberbürgermeister Andreas Michelmann auf eine MZ-Anfrage. Es gehe um den Erhalt und die Stärkung der Stadt Aschersleben als Mittelzentrum. In diesem Zusammenhang „war die regionale Planungsgemeinschaft

Magdeburg durch die Regionalversammlung beauftragt worden, im Rahmen der Erstellung des Entwurfes zum Regionalen Entwicklungsplan der Planungsregion Magdeburg die Abgrenzung der Zentralen Orte in den jeweiligen Kommunen auf der Grundlage des Landesentwicklungsplanes des Landes Sachsen-Anhalt im Einvernehmen mit den Städten vorzunehmen“. So entstand in der Ascherslebener Stadtverwaltung die Idee, die räumliche Nähe der Kernstadt zum Ortsteil Westdorf zu nutzen und die Grenzen des zentralen Ortes um den Ortsteil zu erweitern. Das bedeutet in erster Linie in Sachen Regionalplanung rund 800 Einwohner mehr für das unmittelbare Mittelzentrum Aschersleben. Schließlich sei die Konkurrenz enorm - allein entlang der Bundesstraße 6 n reißen sie sich auf wie an einer Perlenschnur - Wernigerode,

Halberstadt, Quedlinburg, Aschersleben, Bernburg, Köthen, so Michelmann. Dabei gehöre Aschersleben zu den kleinsten Mittelzentren in Deutschland, erklärte Ortschaftsrat Dietmar Jung, der selbst als Regionalplaner arbeitet.

In Richtung des Westdorfer Ortschaftsrats zerstreut OB Michelmann Bedenken, die die Ortschaftsräte zu Beginn ihrer jüngsten Ortschaftsratsitzung geäußert hatten. Auf die weitere Existenz des Ortschaftsrats und dessen Aufgaben habe die erweiterte Grenzziehung keinen Einfluss. Außerdem würde Westdorf von der Zugehörigkeit zum Zentralen Ort profitieren. Beispielsweise bei der überregionalen Akquise von Fördermitteln und im Nahverkehr. Bevor heute im Stadtrat abgestimmt wird, sprachen sich die Mitglieder des Westdorfer Ortschaftsrats mehrheitlich für die künftige Grenzziehung aus. *Kommentar Seite 8*

Wichtige Kleinigkeit

Die Sache ist ernst. Nicht umsonst steht das Thema Erhalt des Mittelzentrums regelmäßig auf der Tagesordnung im Ascherslebener Rathaus. Es geht schließlich darum, als Stadt und Region künftig nicht komplett das Dasein am Allerwertesten der Welt zu fristen. Da dürfen - ja müssen - alle zur Verfügung stehenden Register gezogen werden. Dabei ist der Beitrag Westdorfs, rund 800 Seelen in den Zentralen Ort einzubringen, nur ein kleiner. Auch deshalb, weil Aschersleben die für ein Mittelzentrum empfohlene Einwohnerzahl von 35 000 schon lange nicht mehr

erreicht. Aber bekanntlich können auch Kleinigkeiten zu einer großen Wirkung beitragen. Der Erhalt des Status Mittelzentrum geht übrigens nicht nur die Ascherslebener, sondern auch die Menschen im Umfeld an. Es geht um Versorgung, möglichst kurze Wege und es geht ums Geld - ums Fördergeld, mit dem eine ebenfalls möglichst gute Infrastruktur erhalten und ausgebaut werden kann. Das weiß man übrigens auch in den Städten Seeland und Falkenstein, wo man - wie in einem Kooperationsvertrag vereinbart - den Status-Erhalt für Aschersleben unterstützt. *Seite 7*

Anlaufpunkt für die Versorgung

Ein Mittelzentrum bezeichnet in der Raumordnung und der Wirtschaftsgeografie einen zentralen Ort der mittleren Stufe nach dem System der zentralen Orte, das der Geograf Walter Christaller 1933 entwickelt hat. Die Bedeutung eines Ortes bestimmt sich weniger nach seiner Größe als nach seiner Infrastruktur im Vergleich zur näheren Umgebung. Sie wird in die dreistufige Skala Oberzentrum - Mittelzentrum - Unterzentrum oder Grundzentrum eingeordnet. Mittelzentren dienen als Anlauf-

punkt für die Versorgung an Waren, Dienstleistungen und Infrastrukturangeboten, die durch die umgebenden Unterzentren nicht geleistet werden kann. Neben der Grundversorgung, wie sie auch in Unterzentren zur Verfügung steht, umfasst das Angebot der Mittelzentren den periodischen Bedarf, insbesondere Fachärzte, Kaufhaus, Kino, kulturelle Angebote, Krankenhaus, Notare, Rechtsanwälte, Steuerberater, Schwimmbäder, weiterführende Schule und Berufsschule. *HY*

CDU steht klar hinter Riedinger

Stendaler Volksstimme

15.10.2014

Rücktritts-Forderung war kein Thema in der Fraktionssitzung

Von Marc Rath
Stendal • Fraktionsübergreifende Rücktritts-Forderungen gegen den Kreistags-Vorsitzenden Lothar Riedinger (CDU) nach den neuesten Erkenntnissen im Sparkassen-Skandal sind für die Christdemokraten im Kreistag kein Thema.

Linke-Fraktionsvorsitzender Günter Rettig hatte nach Bekanntwerden eines verläufigen Verlustes von 500 000 Euro durch riskante Kreditvergaben an Firmen des ersten Stendaler Landrates nach der Wende gefordert, dass Riedinger sich aus

allen politischen Ämtern zurückziehen soll (Volksstimme berichtete). Auch Landwirte/FDP-Fraktionschef Frank Wiese äußerte sich in ähnlicher Weise, „wenn sich die Vorwürfe bewahrheiten“.

„Äußerungen anderer

Fraktionen in diesem Zusammenhang kommentieren wir nicht“, erklärte hingegen CDU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Kühnel. Das Thema ist am Montag nach Volksstimme-Informationen auf der Sitzung der Christdemokraten nicht behandelt worden. Wie es heißt, stehen die Mitglieder aber eindeutig hinter dem langjährigen Kreistagsvorsitzenden.

Lothar Riedinger selbst hat betont, dass er sich nichts vorzuwerfen habe. Er habe als Verwaltungsratsmitglied in eigener Sache nie mit abgestimmt. Seine Dachdeckerfirma war zu Beginn des Jahrtausends in eine wirtschaftliche Schieflage geraten. Die im Zuge erster Untersuchungen bekannt gewordenen Ergebnisse haben ergeben, dass unter Verantwortung des ehemaligen Vorstandschefs Dieter Burmeister über Jahre hinweg noch Sanierungskredite geflossen sind, deren Risiko nicht mehr ausreichend abgedeckt

gewesen sei.

Kreissparkasse ist morgen Thema im Kreisausschuss

Kühnel will sich zu dem Thema nicht weiter äußern. Mehrere Volksstimme-Fragen beantwortete er zusammenfassend wie folgt: „Hinsichtlich der Fragen um die Kreissparkasse informiert der Landrat regelmäßig den Kreistag im nicht öffentlichen Teil. In diesem Rahmen hat auch jedes Fraktionsmitglied die Möglichkeit sich zu äußern oder Fragen zu stellen, ohne dass die Amtsverschwiegenheitspflicht von Verwaltungsratsmitgliedern verletzt wird. Dieses Vorgehen hat sich bewährt und sollte auch in Zukunft beibehalten werden.“

Die nächste Gelegenheit dazu ergibt sich am morgigen Donnerstag bei der Sitzung des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses. Offiziell hat das Landratsamt im nichtöffentlichen Teil Tagesordnungspunkt 13 mit „Informationen“ ausgewiesen. Nur den Kreispolitikern ist zugänglich, dass es hierbei um die Kreissparkasse Stendal geht.

Die Bürger erwarten Antworten

Zu den Berichten über den Sparkassenskandal gibt es folgende Zuschrift:

Immer mehr Bürger erwarten, dass die Staatsanwaltschaft und Justiz die Sache in die Hand nimmt und folgende Fragen beantwortet: Welche Straftaten haben der Vorstandsvorsitzende der Kreissparkasse Herr Burmeister und andere

Mitarbeiter zu verantworten? Welche Rolle spielten die Landräte Riedinger, Hellmuth und Wulfänger als Chefs des Verwaltungsrates? Haben sie als gute Freunde von Herrn Burmeister gemeinsam im Weinkeller und Sauna gegessen? Waren sie begeistert vom Fuhrpark des Sparkassenchefs und haben sie Privatfahrten mit Herrn Burmeister wohin unternommen?

An welche Personen wurden einige Autos nach kurzer Zeit unter Preis verkauft? Wussten sie von den Geldgeschäften mit der Firma des Herrn Riedinger und dem Millionenkredit an eine Stendaler Rohr- und Schachtanlagen-Firma? Beide Firmen waren insolvent. Welche Firmen wurden weiter durch Bauaufträge und über-

zogene Abrechnungen begünstigt? All diese kriminellen Machenschaften hätten durch die Aufsichtsräte und deren Chefs verhindert werden müssen.

Kontrollorgane bei der Sparkasse haben versagt

Es ist schon jetzt nachgewiesen, dass diese Kontrollorgane ihre Aufgaben nicht erfüllt haben. Für die Bürger stellt sich die Frage, welche Vergütungen haben die Vorsitzenden und Mitglieder des Verwaltungsrates während der Amtszeit von Herrn Burmeister jährlich erhalten? Aufgrund des verursachten Schadens sollten die

Chefs für nichtgeleistete Arbeit ihre Bezüge bis zum Jahresende, ohne das erst ein Gericht ein Urteil fällt, zurückzahlen.

Noch ein paar Bemerkungen: Warum wurden die Vorkommnisse in der Sparkasse erst nach der Bundestagswahl bekannt? Die Bürger erwarten, dass die schuldigen Verantwortlichen von allen politischen Ämtern zurücktreten.

Zum Schluss ein paar Gedanken zur Vernichtung einer großen Anzahl von Akten in der Staatsanwaltschaft Magdeburg. Dieser Skandal wird von vielen Bürgern nur mit einem Lächeln hingenommen. Wenn die Vernichtung nicht

durch einflussreiche Personen veranlasst wurde, muss dieser Saustall richtig durch die Justizministerin und den Ministerpräsidenten gereinigt werden. War es, wie behauptet, ein Versehen. Wenn ja, dann stellt sich die Frage: Wer hat in der Staatsanwaltschaft das Protokoll für die Entsorgungsfirma zur Übergabe der Akten erstellt? Wann genau wurden die Akten mit Datum und Uhrzeit an die Firma zur Vernichtung an welchem Ort übergeben? Als Letztes erwarten die Bürger auf diese Frage eine Antwort und hoffen, dass dieser Skandal nicht erst nach 2020 ein Ende findet.



OB bleibt bei seinem Widerspruch

Sonderausschuss zur Briefwahlpanne kann nicht gebildet werden

Stendal (mr) • Der von der Stadtratsmehrheit beschlossene Sonderausschuss, der die Umstände der Panne bei der Briefwahl näher beleuchten soll, kann weiterhin nicht gebildet werden. Oberbürgermeister Klaus Schmotz (CDU) hat erneut gegen den Antrag der Fraktionen Mitte und Linke Widerspruch eingelegt.

Beide Fraktionen hatten ihren Antrag Anfang Oktober abgeändert. „Herr Schmotz hält den abgewandelten Antrag nicht für gesetzeskonform“, heißt es aus dem Rathaus. In seinem Widerspruch argumentiert Schmotz, dass der Ausschuss „rechtlich als Untersuchungsausschuss zu bewerten ist“, wofür „in Sachsen-Anhalt jedoch keine Rechtsgrundlage vorhanden“ sei.

Dem widersprechen indes die Initiatoren. Sie wollen

über dieses Gremium nur jene Fragen klären, wie es dazu kommen konnte, dass Verwaltungsmitarbeiter an zwölf Bevollmächtigte mehr als die vier erlaubten Briefwahlunterlagen - insgesamt waren es 179 - ausgegeben haben. Nunmehr muss die Kommunalaufsicht über die Rechtmäßigkeit entscheiden. Linke-Fraktionschef Joachim Röxe kündigte bereits an, die Frage notfalls über das Verwaltungsgericht zu klären.

Gemeinsamer Aufruf zur Briefnachwahl liegt vor

Unterdessen liegt ein gemeinsames Schreiben der drei Fraktionsvorsitzenden vor, mit dem über die Gründe für die Wiederholung der Briefwahl am 9. November informiert und zur Wahl aufgerufen wird. Es erscheint als Anzeige im General-Anzeiger. „Ferner werden derzeit die Modalitäten geprüft, wie dieses Schreiben an alle Haushalte gelangt“, teilt die Stadt mit.





Landrat nimmt viele Fragen aus Egel mit

Markus Bauer stellt sich auf dem Marktplatz Bürgern und Lokalpolitikern

Landrat Markus Bauer (SPD) stellt sich auf dem Egelner Marktplatz den Bürgern. Gut finden sie, dass der Politiker auf die Menschen zugeht, ihnen zuhört und sich für die Region interessiert.

Von Thomas Höfs

Egel. „Klar kenne ich sie“, sagt eine Frau, die mit ihrem Rolllator über den Wochenmarkt läuft, als sie von Landrat Markus Bauer begrüßt wird. Die sympathische Art, wie der neue Landrat auf die Menschen zugeht, kommt bei der Egelner Bevölkerung an. Damit entwirft der neue Landrat ein Gegenkonzept im Umgang mit der Öffentlichkeit. Mitunter, erinnert sich Verbandsgemeindebürgermeister Michael Stöhr, habe der Vorgänger darauf bestanden, Besuche in Egel ohne Öffentlichkeit im Hinterzimmer abzuwickeln.

In der Egelner Mulde beobachten die Bürger genau, wie sich der neue Landrat zu der Region stellt. Am Rande des Kreises fühlen sich die Kommunalpolitiker mitunter benachteiligt.

Themen für den neuen Landrat gibt es in der Egelner Mulde genug. Da wäre einerseits das Bürgerbüro. Monatelang standen die Einwohner hier vor verschlossenen Türen. Ab Oktober hat es die Kreis-

verwaltung geschafft, die Einrichtung zumindest für einige Tage in der Woche zu öffnen. Markus Bauer kennt den Ärger um sein Bürgerbüro. Er könne die Menschen verstehen, sagt er. Dennoch könne er eine Entwicklung von 20 Jahren nicht innerhalb von zwei Wochen umwerfen, gibt er zu verstehen, dass die Besetzung des Bürgerbüros eine langfristige Angelegenheit ist.

Doch was erwarten die Bürger von einem Bürgerbüro, fragt der Landrat zurück. Was erwarten die Bürger von einem Büro der Kreisverwaltung? Dahinter steckt die Frage, was der Kreis in der Kleinstadt an Dienstleistungen anbieten soll. Die Verbandsgemeinde hatte dem Landkreis bereits die Aufgabenerledigung angeboten. Verbandsgemeindebürgermeister Michael Stöhr wiederholt auf dem Marktplatz die Offerte.

Allerdings kann die Kommune nicht von heute auf morgen Verwaltungsaufgaben, die dem Landkreis per Gesetz zugeordnet sind, erledigen oder

im Auftrag bearbeiten. Es wäre nicht Deutschland, wenn es nicht zu jedem Handgriff eine Vielzahl von Vorschriften und Bestimmungen geben würde, zucken Bürgermeister und Landrat die Schultern. Erst müsse die Kreisverwaltung ausloten, gibt Markus Bauer zu verstehen, was die Verbandsgemeinde eventuell erledigen könnte.

Ein weiteres wichtiges Thema für die Verbandsgemeinde ist natürlich das Gymnasium. Dass an dem Schließungsabschluss des Egelner Gymnasiums nichts mehr zu rütteln sei, macht Markus Bauer deutlich. Jetzt gehe es ihm vielmehr darum, die Schullandschaft in der Egelner Mulde so mit zu entwickeln, dass es ebenso nach dem Ende des eigenständigen Gymnasiums noch einen gymnasialen Abschluss in der Verbandsgemeinde in einer Gemeinschaftsschule geben könne. Das müsse nun das Ziel sein, zeigt er sich einig mit den Bürgermeistern der Mitgliedsgemeinden der Verbands-

gemeinde. Unklar erscheint Egelns Bürgermeister Reinhard Luckner noch, wie der über Egel hinausragende Chorbetrieb des Gymnasiums auch in Zukunft die Stadt mitprägen kann. Alle zwei Jahre organisieren die Chöre ein internationales Chortreffen in Egel. Beim nächsten im kommenden Jahr hat der Landrat die Schirmherrschaft schon übernommen, erzählt er. Der Schüleraustausch in der Bodestadt sei für ihn ebenfalls ein ganz großes Ereignis im Landkreis,

welches bewahrt werden sollte. Wiederkommen will der Landrat auch in Zukunft. Öfter will er sich in den kommenden Jahren unter das Volk mischen, verspricht er. Die Sprechstunde in Egel habe ihm gut gefallen, zieht er nach zwei Stunden auf dem Wochenmarkt für sich die Bilanz. Sicher, viel Lösungen konnte er nach den ersten Wochen Amtszeit noch nicht anbieten, meinen einige Teilnehmer der Runde. Doch das sei auch kaum zu erwarten gewesen.





WETHAUTAL

Moderate Erhöhung der Pauschalen

Entschädigung: Neue
Satzung nun in Kraft

VON ROLAND LÜDERS

OSTERFELD - Vom Verbandsgemeinderat in seiner jüngsten Sitzung beschlossen, ist sie nun nach der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft getreten: die neue Entschädigungssatzung der Verbandsgemeinde (VG) Wethautal für ehrenamtlich Tätige und die VG-Bürgermeisterin. „Grundlage dieser Satzung“, so VG-Oberhaupt Kerstin Beckmann, „ist das Kommunalverfassungsgesetz von Sachsen-Anhalt vom Juni 2014.“

Rückwirkend zum 1. Juli

Dabei ist, wie in anderen Verbandsgemeinden des Burgenlandkreises auch, eine moderate Erhöhung dieser Anerkennung für die ehrenamtliche Tätigkeit von Ratsmitgliedern, Feuerwehrleuten oder berufenen Bürgern vorgenommen worden. Wobei die Satzung rückwirkend, genau gesagt, schon ab Juli dieses Jahres, gilt.

So erhalten die Mitglieder des VG-Rates ein Sitzungsgeld von jeweils 16 Euro. In einer Vorgängersatzung aus dem Jahr 2010 waren 13 Euro festgeschrieben worden. Erhöht hat sich auch der monatliche Pauschalbetrag, sozusagen das „Grundgehalt“ der Abgeordne-

ten. Hier schlagen nun 100 statt 80 Euro zu Buche. Die VG-Bürgermeisterin erhält für ihre Tätigkeit im Wethautal-Verbandsgemeinderat jetzt ebenfalls 100 statt 80 Euro. Ein zusätzliches Sitzungsgeld ist für die VG-Chefin allerdings in der Satzung nicht vorgesehen. Angestiegen ist der zusätzliche monatliche Obolus für den Vorsitzenden des Verbandsgemeinderates. Er beträgt nun 125 statt 100 Euro. Die Vorsitzenden von Ausschüssen erhalten in der VG jetzt zum genannten Grundbetrag 65 statt 50 Euro.

Symbolischer Obolus für Wehrleute

Der Wethautal-Verbandsgemeindewehrleiter erhält jetzt ebenfalls etwas mehr Geld. Seine monatliche Entschädigung erhöhte sich gegenüber 2010 von 200 auf 250 Euro. Die finanzielle Anerkennung für die ehrenamtliche Tätigkeit der Ortswehrleiter liegt nun bei 100 statt 80 Euro und damit im selben Rahmen wie die Pauschalbeträge für die Verbandsgemeinde-Ratsmitglieder. Fast nur symbolischer Natur ist dagegen der Entschädigungsbeitrag für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren. Sie erhalten nach wie vor für jeden geleisteten Einsatz lediglich eine Entschädigung von zehn Euro.



Fraktionen lehnen Senkung der Aufwandsentschädigung strikt ab

Unklare Regelung auf Landesebene sorgt für Diskussion im Egelner Hauptausschuss

Von Thomas Höfs

Egeln • Kaum hatte der Egelner Stadtrat zu Beginn der Legislaturperiode neue Aufwandsentschädigungen für Stadträte und Bürgermeister beschlossen, reagierte die kreisliche Kommunalaufsicht auf den Beschluss. Die Kreisbehörde wies Bürgermeister Reinhard Luckner (UWGE) darauf hin, dass die Kommune regelmäßig Liquiditätszahlungen vom Land erhalte und sich deshalb auch an die Bedingungen des Landes für die Hilfe halten müsse.

Im April hatte das Finanzministerium einen neuen Runderlass für die Zahlung von Liquiditätshilfen beschlossen. Danach müssen die Beamten des Finanzministeriums nun auch darauf achten, dass die notleidenden Kommunen Aufwandsentschädigungen an ihre Kommunalpolitiker nur im unteren Bereich der vom Innenministerium vorgegebenen Spanne ausreichen.

Dabei hatte das Innenministerium erst mit der jüngsten Kommunalwahl die Sätze für die Aufwandsentschädigungen nach vielen Jahren unveränderter Höchstsätze, die Beträge nach oben verändert. In den Stadt- und Gemeinderäten wurde die Entscheidung durchgängig begrüßt. Zukünftig

sollte außerdem ebenso nicht mehr die Kommunalaufsicht den Stadt- und Gemeinderäten vorschreiben können, wie hoch die Aufwandsentschädigungen sein dürfen, wenn der Etat der Kommune nicht ausgeglichen ist. Denn in Paragraph 35 des neuen Kommunalverfassungsgesetz heißt es hierzu: „Aufwandsentschädigungen unterliegen nicht den Zwecken der Haushaltskonsolidierung.“

So mag der Hinweis der Kommunalaufsicht des Salzlandkreises an den Egelner Bürgermeister zwar dem Runderlass des Finanzministeriums entsprechen. Ob die Forderung mit dem neuen Kommunalverfassungsgesetz im Land in Einklang zu bringen ist, bleibt fraglich.

Die Egelner Stadträte reagierten auf die Frage der Bürgermeister, ob die Aufwandsentschädigungssatzung erneut diskutiert und mit neuen Aufwandsentschädigungen beschlossen werden solle, eindeutig. „Für unsere Fraktion ist die Kommunalverfassung maßgebend und nicht ein Runderlass“, sagte CDU-Fraktionschef Friedrich Bollmann. Er sehe in dem Runderlass des Finanzministeriums eine „Diskriminierung Ehrenamtlicher“, fuhr er fort. Ein Runderlass könne

nach seinem Rechtsverständnis nicht ein Gesetz aushebeln, ist für ihn das Thema beendet. Der Meinung schloss sich die SPD-Fraktionschefin Rosemarie Schmidt an. Gegenteilig äußerte sich ebenso nicht Jürgen Riehl von der UWGE-Fraktion.

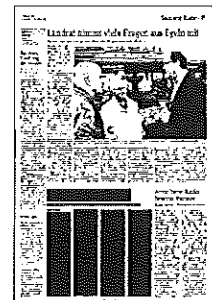
Auf Volksstimme-Nachfrage erklärt das Finanzministerium, wie der Runderlass, auf den sich die kreisliche Kommunalaufsicht stützt, zu verstehen sei: „In Paragraph 35 Absatz 2 Kommunalverfassungsgesetz Sachsen-Anhalt wird die Aufwandsentschädigung als monatliche Pauschale für die Ausübung eines Ehrenamtes erwähnt. Nach Satz 4 dieser Vorschrift, um die der Gesetzestext im Innenausschuss ergänzt wurde, darf sie nicht den Zwecken der Haushaltskonsolidierung der betroffenen Gemeinde unterliegen. Im Runderlass ist die Aufwandsentschädigung als eine mögliche Komponente zur Ausgaben- und Aufwandsreduzierung erwähnt, jedoch steht es im Ermessen der Gemeinde andere Konsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen, um das Konsolidierungsziel zu erreichen“, heißt es aus dem Finanzministerium. Und wenn die Kommune die Aufwandsentschädigung unverändert lässt,

wird dann die Liquiditätshilfe gestrichen? Offenbar nicht, wie das Finanzministerium weiter mitteilt: „Bei einer Aufwandsentschädigung, die die Vorgaben des neuen Erlasses des Innenministeriums vom 16.6.2014-3121.10041 überschreitet, besteht die Möglichkeit diesen Betrag von der zu gewährenden Liquiditätshilfe in Abzug zu bringen.“

Allerdings hat der Egelner Stadtrat die Grenzen der Aufwandsentschädigung nicht überschritten. Die Stadträte haben sich innerhalb der zulässigen Entschädigungshöhen bewegt, teilt die Verbandsgemeinde auf Nachfrage mit.

Interessant ist das Thema längst nicht mehr nur für die Stadt Egeln. Auch andere Mitgliedsgemeinden der Verbandsgemeinde haben gleichlautende Schreiben der Kommunalaufsicht erhalten, heißt es aus der Verwaltung der Verbandsgemeinde.

Der Ärger im Egelner Stadtrat über die verworrene Vorschriftenlage im Land ist allerdings groß. Doch spätestens beim nächsten Liquiditätshilfeantrag werde sich zeigen, ob das Kommunalverfassungsgesetz beim Thema Aufwandsentschädigung stärker als der Runderlass ist, meint Luckner.





Calbe peilt „gesunden Haushalt“ an

Ab 2017 soll der Haushalt kein Minus mehr aufweisen

Calbe (api) • Die Aufgaben sind klar: Der harte Sparkurs der Stadt muss weitergehen. Auch wenn sich die Lücke in der Kasse von rund 1,8 Millionen Euro (Ende 2013) auf 758 000 Euro (Ende 2014) verringert hat. Das bedeutet, das Ende 2014 Erträge in Höhe von rund 12,4 Millionen Euro Aufwendungen in Höhe von rund 13,1 Millionen Euro gegenüberstehen.

Die Aufwendungen, so sieht es der Entwurf des Haushaltsplanes vor, sollen bis 2017 auf 11,4 Millionen Euro zurückgeschraubt werden. „Dann werden wir erstmals geringfügig im Plus sein“, erklärt Kämmerin Burglind Fedtke. In vier Jahren könne mit dem Abbau des Schuldenberges in Höhe von fast 7,2 Millionen Euro begonnen werden, wenn bis dahin stabile Einnahmen (mindestens elf Millionen Euro jährlich) in die Kassen fließen.

Einsparungen heißen zu meist auch schmerzhafteste Einschnitte. So auch in Calbe, die der Stadtrat lang monierte. Ein Beispiel: Lange wehrte sich der Stadtrat gegen die Anhebung

der Grund- und Gewerbesteuern auf Landesdurchschnitt zum Jahresbeginn 2014. Sie sollte erst in 2015 greifen. Nun hebt der Landkreis sie rückwirkend auf Landesdurchschnitt an. Auf einen möglichen Einspruch will der Rat aber auf Empfehlungen des Bürgermeisters und eines Anwalts verzichten.

Nun rechnet die Kämmerei schon ab 2014 mit Mehreinnahmen, 2015 werden sie rund 129 000 Euro betragen. Zudem erzielen die beschlossenen Gebührenerhöhungen für die Straßenreinigung und die Wochenmarkthändler ein weiteres Plus.

Auch im Bereich der freiwilligen Aufgaben setzten die Mandatsträger erneut den Rotstift an. Unter anderem ist der Sport betroffen. So ist beispielsweise der jährliche städtische Zuschuss zu den Bewirtschaftungskosten beim Tennis (2800 Euro) und Reitsportanlage (1000 Euro) gestrichen und durch einen Sponsoringvertrag mit der Calbenser Wohnungsbaugesellschaft (CWG) mbH formal ersetzt wurden.

Einsparungen erfolgen auch auf dem Wartenberg. Die Arbeitszeit der beiden Tierpflegerinnen wurde nach einer Ausdünnung des Tierbestandes und einer Analyse jeweils von 40 auf 28 Wochenstunden gekürzt.

Um einer Schließung des Bismarckturmes zuvor zu kommen, ging ein Änderungsantrag der CDU/FDP so weit, die Eintrittspreise für den Turm auf 2 Euro pro Erwachsenen zu verdoppeln. Außerdem soll die Öffnungszeit halbiert werden. Grund sind die 389 Besucher und 365 Euro Einnahmen im Jahr 2013, denen 2500 Euro Personalkosten gegenüberstehen. Daher müsse das Gesamtareal unter Einbeziehung aller dort Beteiligten für Besucher attraktiver gestaltet werden, machte Stadtrat Alexander Berlin (CDU) deutlich. Die Annahme des Antrages gab ihm Recht.

Bei der Streetworkerin Steffi Gutjahr ließen alle Anwesenden den Rotstift in der Tasche und wiesen auf die enorme Bedeutung der Stelle für die Saalestadt hin.





Rat gegen Erhöhung der Steuern

Wolmirslebener bleiben bei alten Steuersätzen

Wolmirsteben (thö) • Der Wolmirslebener Gemeinderat hat die Anhebung der Steuersätze in diesem Jahr verworfen. Bürgermeister Knut Kluczka (CDU) legte dem Gemeinderat eine Übersicht der aktuellen Steuersätze vor.

Da die kleine Gemeinde auch weiterhin auf Liquiditätshilfen des Landes angewiesen ist, muss sie nach einem neuen Runderlass des Finanzministeriums die Grundsteuern um 100 und die Gewerbesteuern um 50 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt beschließen. Dies hat das Finanzministerium inzwischen zur Bedingung gemacht.

Die Bürger und Unternehmer im Ort würde dies rund 32 000 Euro im Jahr kosten, hatte die Kämmerei ausgerechnet. Manche Branchen, wie die Landwirtschaft, so der Bürgermeister, wären durch die Erhöhung gleich doppelt betroffen. Die Landwirte müssten nicht

nur höhere Grundsteuern, sondern auf den Gewinn auch höhere Gewerbesteuern bezahlen, sagte er. „Es ist jedes Jahr dasselbe“, sagte Ulrich Biermann (Linke). Immer wieder soll der kleine Mann zahlen, empörte er sich. Er sprach sich dafür aus, die Steuern nicht weiter zu erhöhen. Seiner Meinung nach soll die Landesregierung dann einen Zwangsverwalter schicken.

Dabei helfen die Mehreinnahmen der kleinen Gemeinde kaum, das Defizit zu verkleinern. Vielmehr wäre dies nur ein symbolischer Akt. Wegen eines unglücklich verlaufenden Rechtsstreits wegen eines Brückenneubaus muss die Kommune nun einen neuen Antrag auf Liquiditätshilfe stellen, wurde am Montagabend bekannt. Denn mehr als 211 000 Euro muss die Kommune demnach an eine Baufirma bezahlen. Das Geld ist im Haushalt nicht vorhanden.





Sabine Hoppe übernimmt Ortsbürgermeisteramt

Ortschaftsrat Stemmern konstituiert sich / Siegfried Schopf zieht sich aus Amtsgeschäften zurück

Von Detlef Eicke

Stemmern • Der Ortschaftsrat Stemmern hat sich am Montagabend im Feuerwehrhaus zur konstituierenden Sitzung zusammgefunden. Ein Schwerpunkt der Tagesordnung war die Wahl des Ortsbürgermeisters und seines Stellvertreters.

Für den amtierenden Ortsbürgermeister Siegfried Schopf war es die letzte Amtshandlung dieser fünfjährigen Tätigkeit. Er scheidet aus beruflichen Gründen aus dem Amt und aus dem Ortschaftsrat aus. Den Staffelstab übernommen hat Sabine Hoppe, die von den anwesenden wahlberechtigten Ortschaftsräten einstimmig zur neuen Ortsbürgermeisterin gewählt wurde. Die Funktion des Stellvertreters über-

nimmt Dirk Schünemann. Mit Ralf Schiller bilden Hoppe und Schünemann den Stemmerner Ortschaftsrat.

Die neue Bürgermeisterin nahm die Wahl an, dankte ihrem Vorgänger und freute sich über einen funktionierenden Ortschaftsrat. „Die größten Herausforderungen sind gemeistert worden, gemeinsam werden wir nun künftige Aufgaben angehen.“

Als Protokollanten waren Jana Gräbler und Monique Pabst von der Gemeinde Sülzetal nach Stemmern abgeordnet worden. Begrüßt wurden der Bürgermeister der Gemeinde Sülzetal, Jörg Methner, und das Mitglied des Gemeinderates und Einwohner von Stemmern, Eckhard Röseler. Bevor

Siegfried Schopf die Sitzungsleitung an Dirk Schünemann, das an Jahren älteste Mitglied des Ortschaftsrates übertrug,

bedankte er sich für Unterstützung, Hinweise und Ratschläge, die ihm während seiner Amtszeit seitens der Bürger des Ortes zuteil wurden.

Dann legten Bürgermeisterin und Ortschaftsräte den Eid auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer übertragenen Amtspflichten ab.

In der Einwohnerfragestunde brachte Paul Bullmann zur Sprache, dass seit geraumer Zeit die Straßenbeleuchtung im Winkel außer Funktion sei. Ein Kabelschaden soll offensichtlich der Grund dafür sein. Dieser müsse behoben werden. Der Ortschaftsrat sicherte zu,

die Angelegenheit zu klären.

Ein weiteres Thema brachte Landwirt Eckhard Röseler zur Sprache. „Wir befahren mit unseren Großgeräten auch den Bierweg. Dort ist augenfällig, dass Äste der dort stehenden Bäume in den Verkehrsraum hineinragen. Hier wäre ein Profilschnitt angebracht, auch um das Verstopfen der Kanalisation mit herabfallenden Blättern einzuschränken.“ Der Ortschaftsrat regte eine einvernehmliche Klärung des Sachverhalts mit den Betroffenen an.

Es wurde der Vorschlag einer Ortsbegehung unterbreitet, um Mängel festzustellen und dementsprechend zu handeln. Jörg Methner sagte Unterstützung seitens der Verwaltung der Gemeinde Sülzetal zu.





Einwohnerzahl sinkt unter magische Grenze

Die Stadt Aschersleben zählt
aktuell 27 995 Einwohner.

ASCHERSLEBEN/MZ/UK - Wie das Statistische Landesamt Halle aktuell informiert, hatte der Salzlandkreis zum 31. Dezember 2013 198 715 Einwohner, davon sind 96 699 Männer und 102 016 Frauen.

Damit wurde eine magische Grenze unterschritten. Denn zum 31. Dezember 2012 zählte der Salzlandkreis noch 201 210 Einwohner. Damit fiel die Bevölkerungszahl innerhalb von zwölf Monaten um weitere 2 495 Bürger. Das ist ein Schwund von 1,3 Prozent. Nach bisherigen Hochrechnungen setze sich dieser Trend auch im Jahr 2014 fort.

Im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 wurden 1 425 Kinder geboren und 3 205 Personen sind verstorben. Das ist ein Ne-

gativsaldo bei Geburten von 1 780. Auch das Wanderungssaldo hat ein negatives Vorzeichen. Im selben Zeitraum zogen über die Salzlandkreisgrenze hinaus 5 550 Personen fort und nur 4 808 Personen siedelten sich im Salzlandkreis neu an.

Auf MZ-Anfrage bezifferte gestern die Stadt Aschersleben ihre Einwohnerzahl auf aktuell 27 995 Einwohner. Allein die heutige Kernstadt, ohne die in den vergangenen Jahren eingemeindeten elf Ortsteile, zählte 1988 noch 34 167 Bewohner. Damit befindet sich die derzeitige Bevölkerungszahl auf dem Niveau von 1905. Die höchste Einwohnerzahl hatte die Stadt Aschersleben 1946 mit geschätzten 45 000 Bürgern.



Termin für Bewerbungen verlängert

Integrationspreis soll Ideen und Projekte sichtbar machen.

ASCHERSLEBEN/MZ - Die Integrationsbeauftragte Susi Möbbeck hat die Frist zur Bewerbung um den „Integrationspreis des Landes Sachsen-Anhalt 2014“ um eine Woche - bis zum 20. Oktober - verlängert. Mit dem Preis werden Vereine, Migrantenorganisationen, Einrichtungen, Kommunen oder Unternehmen ausgezeichnet, die beispielhafte Projekte im Bereich der

Integration umsetzen und so einen gelungenen Beitrag zum interkulturellen Zusammenleben und zur

Integration von zugewanderten Menschen in Sachsen-Anhalt leisten. Der Preis wird in diesem Jahr in den drei Kategorien „Willkommenskultur gestalten“, „Begegnungen schaffen“ und „Potenziale erkennen und nutzen“ zum fünften Mal verliehen.

Mit der Verschiebung des Bewerbungstermins will Möbbeck weitere Vereine, Organisationen sowie Verwaltungen, Kommunen und Unternehmen mobilisieren, „ihr Engagement mit einer Bewerbung sichtbar zu machen“. Sachsen-An-

halt brauche Zuwanderung und Integration - für Vielfalt und zur Sicherung des Fachkräftebedarfs, erklärte die Integrationsbeauftragte

in Magdeburg. Viele Kommunen und Unternehmen hätten sich auf den Weg zu einer offenen Willkommenskultur gemacht. Der Integrationspreis biete die Chance, gelungene Beispiele zu zeigen.

Weitere Informationen und die Bewerbungsunterlagen stehen im Internetportal www.integriert-in-sachsen-anhalt.de zur Verfügung.



Bewerben für Integrationspreis

Magdeburg/Landkreis Börde (mb)
• Die Integrationsbeauftragte des Landes, Susi Möbbeck, hat die Frist zur Bewerbung um den Integrationspreis des Landes Sachsen-Anhalt 2014 um eine Woche bis zum 20. Oktober verlängert. Der Preis wird in drei Kategorien verliehen: „Willkommenskultur gestalten“, „Begegnungen schaffen“ und „Potentiale erkennen und nutzen“. Vereine, Organisationen sowie Verwaltungen, Kommunen und Unternehmen können sich bewerben und so „ihr Engagement mit einer Bewerbung sichtbar machen“, heißt es. Mehr Informationen und Bewerbungsunterlagen sind im Internetportal www.integriert-in-sachsen-anhalt.de ersichtlich. Bewerbungen sind per Post zu richten an: Ministerium für Arbeit und Soziales, Integrationsbeauftragte der Landesregierung, Stichwort: Integrationspreis 2014, Turmschanzenstr. 25, 39114 Magdeburg oder per mail an integrationspreis@ms.sachsen-anhalt.de



15.10.2014

„Test war ein Kinderspiel“

Ibragim Sulajmov hat Einbürgerungstest mit 23 weiteren Migranten bestanden

Für die Sulajmovs ist ein Traum in Erfüllung gegangen. Die sechsköpfige Familie erhielt am Montag die deutsche Staatsbürgerschaft im Stendaler Landratsamt. Dafür mussten Ibragim Sulajmov und seine Frau einen Einbürgerungstest bestehen.

Von Christian Bark

Stendal • Er war gut besucht, der Konferenzraum im Stendaler Landratsamt, als dort am Montag 24 Menschen mit Migrationshintergrund aus dem Landkreis ihre deutsche Staatsbürgerschaft erhielten. Die Erwachsenen unter ihnen hatten zuvor erfolgreich ihren Einbürgerungstest bestanden.

Stendals Landrat Carsten Wulfänger (CDU) überreichte den Anwesenden feierlich ihre Einbürgerungsurkunden. „Wir brauchen Sie hier, Sie haben sicher gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt“, sagte Wulfänger und verwies damit auf den durch Wegzug entstandenen Fachkräftemangel. So viele Einbürgerungen hätte es im Kreis schon lange nicht mehr gegeben. Im Schnitt liegt die Zahl jährlich bei gut 20 Perso-

nen, in diesem Jahr seien es bereits 30. „Wir rechnen mit über 500 Flüchtlingen aus 24 Nationen, die im kommenden Jahr im Kreis Stendal Asyl suchen werden“, so der Landrat. Das sei eine neue Dimension.

Aus Tschetschenen werden Deutsche

Einer der neuen deutschen Staatsbürger ist Ibragim Sulajmanov. Er flüchtete vor zehn Jahren mit seiner Familie aus der kriegsgeplagten russischen Kaukasusrepublik Tschetschenen nach Deutschland. „Wir kamen dann nach Stendal, zwei Jahre später hatten wir eine Aufenthaltserlaubnis“, erinnert sich der 41-Jährige.

Dann habe er endlich arbeiten können.

Zunächst war er im Gerüstbau, danach im Milchwerk tätig. Nach einem Schlaganfall wollte er weg von der körperlich schweren Arbeit und machte eine Weiterbildung zum Wachmann. „Ich war ursprünglich Zollinspektor, Sicherheitsaufgaben liegen mir“, erklärt Sulajmanov. Jetzt arbeitet er bei

einer Security-Firma.

Als Ibragim Sulajmanov nach Deutschland kam, wollte er schnellstmöglich die deutsche Sprache lernen. „Ich liebe Sprachen und habe vom ersten Tag an gelernt, viele deutsche Bücher gelesen“, sagt er. An der Volkshochschule (VHS) belegte er einen Deutschkurs, dort fand auch sein Einbürgerungstest vor einigen Wochen statt. Für die Beantwortung von 33 Multiple-Choice-Fragen hatten

Ibragim Sulajmanov und sei-

ne Frau Zarema eine Stunde Zeit. „Ich habe vielleicht drei Minuten dafür gebraucht, der Test war ein Kinderspiel“, so der Familienvater, der auf Anhieb alles richtig hatte. Mindestens 17 Fragen müssen für die Einbürgerung korrekt beantwortet werden.

Allgemeinwissen ist beim Test gefragt

Bei der ersten Frage eines Mustereinbürgerungstests musste Landrat Wulfänger schmunzeln. „Was bedeutet die Abkürzung CDU in Deutschland?“ – Eine leichte Frage für den CDU-Politiker. Und auch die Mehrheit der frisch Eingebürgerten wird diese Frage richtig beantwortet haben. „Bei dem

Test fällt kaum jemand durch“, sagt der Integrationsbeauftragte des Kreises,

Björn Malycha. Das für den Test nötige Wissen werde Migranten in Integrationskursen gezielt vermittelt.

Zusammengestellt werden die Fragen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die Aufsicht während des Tests führen Mitarbeiter der VHS. Die Fragen umfassen Themen aus Politik, Geschichte und Gesellschaft. Auch, für wieviele Jahre der Landtag Sachsen-Anhalts gewählt wird, ist eine Frage.

Ibragim Sulajmanovs ältester Sohn Samil musste den Test nicht machen. Auch er hat am Montag die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Der 18-Jährige ist praktisch in Stendal aufgewachsen, hat rasch durch Kontakte zu Freunden und in der Schule deutsch gelernt. Seit zwei Jahren macht er eine Ausbildung zum Tischler in Stendal. „Im Betrieb hat meine Staatsbürgerschaft nie eine Rolle gespielt, da geht es nach Leistung“, sagt Samil. Trotzdem ist auch er froh, endlich auch auf dem Papier Deutscher

zu sein.

Der deutsche Einbürgerungstest

Wer als Migrant die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten möchte, muss seit 2008 einen Einbürgerungstest bestehen. Der Multiple-Choice-Test umfasst im Landkreis Stendal 33 Fragen zur Politik, Geschichte und Gesellschaft. Es gibt vier Antwortmöglichkeiten, nur eine ist richtig.

Erstellt werden die Aufgaben vom Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge. Mindestens 17 Fragen müssen richtig beantwortet werden, um die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten. In der Regel bestehen pro Jahr 20 bis 25 Menschen im Kreis den

Test.

Hier eine Auswahl an Fragen: In welchem Jahr wurde die Berliner Mauer gebaut? 1953, 1956, 1959 oder doch 1961?

Welches ist ein Landkreis in Sachsen-Anhalt? Ammerland, Altötting, Uckermark oder etwa die Börde?

Ab welchem Alter darf man in Sachsen-Anhalt bei Kommunalwahlen wählen? Ab 14, 16, 18 oder 20?

➡ Probieren Sie selbst aus, ob Sie das Zeug zum deutschen Staatsbürger haben: www.deutsch-werden.de



„Wir werden allein gelassen“

ASYL Anhalt-Bitterfeld fordert mehr Unterstützung bei der Unterbringung von Flüchtlingen. Die meisten von ihnen leben im Altkreis Bitterfeld.

BITTERFELD/MZ - Mit der steigenden Zahl der Flüchtlinge erhöhen sich auch die Kosten für den Landkreis. Daher fordert **Bernhard Bödder** (Foto) - Dezernent für Sicherheit, Ordnung und Kommunales - mehr Unterstützung von Bund und Land. Gleichzeitig räumt er ein, dass es bei der Unterbringung der Menschen noch Defizite gibt, denn ein Großteil der Asylsuchenden lebt im Altkreis Bitterfeld. **MZ-Redakteur Detmar Oppenkowski** sprach mit dem Landkreisdezenten über die aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen.

Die Nachrichten in den Medien werden derzeit von Konflikten bestimmt. Wirken sich die Krisen in der Welt auch auf die Anzahl der Flüchtlinge vor Ort aus?

Bödder: Man kann sagen, dass die Zuweisungsquoten weiter steigen. Derzeit leben 679 Flüchtlinge im Landkreis Anhalt-Bitterfeld. Wir rechnen bis Jahresende mit weiteren 240. Ich nehme an, dass es im nächsten Jahr nicht weniger werden.

Das sind mehr als 900 Menschen, die untergebracht werden müssen. Nachdem es Kritik an den Gemeinschaftsunterkünften gab, setzt der Landkreis verstärkt auf die dezentrale Unterbringung in Wohnungen. Wie ist der aktuelle Stand?

Bödder: Mehr als 300 Flüchtlinge sind bereits jetzt in Wohnungen untergebracht. Das ist eine deutliche Zunahme im Vergleich zu

2012. Da waren es 100. Weil neue Plätze grundsätzlich nur noch dezentral geschaffen werden, brauchen wir mehr Wohnungen. Das ist nicht einfach, denn die Menschen kommen schneller als wir uns darauf einstellen können.

Wo werden sie vorrangig untergebracht?

Bödder: Derzeit trägt die Stadt Bitterfeld-Wolfen - wenn man es so bezeichnen möchte - die größte Integrationslast. 88 Prozent der Flüchtlinge, die in einer Wohnung leben, halten sich hier auf. Auf Aken und Zörbig entfallen jeweils fünf Prozent. In Köthen leben

In Friedersdorf und Marke wohnen fast 370 Menschen in Gemeinschaftsunterkünften. In Bitterfeld-Wolfen sind fast 250 in Wohnungen untergebracht. Wie erklärt man, dass im Altkreis Bitterfeld die meisten Flüchtlinge leben?

Bödder: Wir haben eine Quote, die mit allen Kommunen abgestimmt ist. Demnach richtet sich die Landkreisverteilung der Flüchtlinge nach der Größe der Städte und Gemeinden. Aber ich muss eingestehen, dass es derzeit ein Verteilungsdefizit gibt. Das hängt auch mit den Wohnungsunternehmen und den Wohnungsmärkten zusammen. So haben wir

mit der Neuen Bitterfelder Wohnungs- und Baugesellschaft ein sehr kooperatives Unternehmen.

Zwar gibt es auch in Köthen kommunale Gesellschaften, aber der Wohnraum ist knapp und der Leerstand gering. Im Osterienburger Land oder Südliches Anhalt gibt es keine kommunalen Gesellschaften und es fehlt preiswerter beziehungsweise beziehbarer Wohnraum. Trotz dieser Herausforderungen wollen wir die Flüchtlinge bis Ende 2015 gleichmäßig auf den gesamten Landkreis verteilen. Wir haben beispielsweise Zerbst im Fokus, müssen aber noch die Rahmenbedingungen schaffen.

Das stellt man sich schwer vor. Auf der einen Seite gibt es Wohnungsunternehmen wie in Wolfen, die die Unterbringung von Flüchtlingen ablehnen. Auf der anderen Seite gibt es private Angebote, die der Landkreis nicht annimmt.

Bödder: Die Verweigerungshaltung in Wolfen ist für mich inakzeptabel. Aber wenn ein Wohnungsunternehmen nicht mitmacht, gibt es wenig rechtliche Möglichkeiten. Über die privaten Vermieter muss man sagen, dass sie immer mehr werden. Aber nicht jedes Angebot ist geeignet. So gab es in Gröbzig eine Wohnung für eine Familie, aber da die schulpflichtigen Kinder in Bitterfeld-Wolfen eine Integrationsklasse besuchen, war der Ort im Südlichen Anhalt nicht geeignet.



Mehr Flüchtlinge bedeuten auch höhere Kosten. Zeichnet sich ab, ob Bund und Land dem Landkreis unter die Arme greifen?

Böddeker: Wir werden politisch unter Druck gesetzt, bekommen aber keine ausreichend finanzielle Unterstützung. Allein im vergangenen Jahr hatten wir bei der Unterbringung von Flüchtlingen ein Defizit von zwei Millionen Euro, das über die Kreisumlage ausgeglichen wird. Zwar ist die Zahl der Flüchtlinge im Vergleich zur Zahl der Einwohner im Landkreis verschwindend gering, aber wir werden mit den Problemen der Finanzierung, Betreuung und Unterbringung allein gelassen. Hier könnten sowohl der Bund als auch das Land mehr machen.

Betreuung und Angebote

Zurzeit ist ein Betreuer für

70 Flüchtlinge, die in Wohnungen untergebracht sind, verantwortlich. Laut Bernhard Böddeker bestehe vor allem Bedarf an französisch sprechenden Betreuern, aber die seien schwer zu finden. Da es nichts bringe, wenn man die

Menschen nur unterbringe, hält der Landkreis Anhalt-Bitterfeld nach eigenen Angaben mehrere Angebote vor.

So gebe es neben Deutschkursen auch eine Kooperation mit der Komba.



ASYLBEWERBER

Ein Flüchtling auf 666 Einwohner

**Kreis rechnet mit mehr
Zuweisungen.**

WITTENBERG/MZ - Der Landkreis Wittenberg sucht ein zweites Objekt, in dem er Asylbewerber ähnlich wie in Vockerode unterbringen kann. Grund dafür sind erhöhte Zuweisungen von Flüchtlingen durch das Land.

„Bislang haben wir noch keine positive Rückmeldung von den Kommunen“, sagt Geschäftsereichsleiter Jörg Hartmann (CDU) zur Suche nach Wohnraum. Der Kreis will die Neuankömmlinge so unterbringen wie die Einzelreisenden in Vockerode, wo alle Wohnungen eines Blockes von der Kreisverwaltung angemietet worden sind.

Grund sind deutlich mehr Zuweisungen als 2013, mit denen der Kreis zu rechnen hat. Damals waren übers ganze Jahr verteilt 195 Asylbewerber neu in den Kreis gekommen, macht einen Asylbewerber auf 666 Einwohner. Allerdings wurden auch über 100 Flüchtlinge in diesem Jahr wieder aus der Obhut des Kreises entlassen - sei es, weil das Verfahren beendet war oder die Betroffenen ohne Abmeldung den Kreis verlassen haben.

Für 2014 hat das Land dem Kreis im Moment knapp 400 Neuaufnahmen angekündigt, das macht etwa 0,3 Prozent der Kreisbevölkerung. Die Zahlen schwanken von Prognose zu Prognose, die Zahl der Abgänge liegt derzeit bei knapp über 100. Die Kreisverwaltung ist deshalb vom Land aufgefordert worden, das Unterbringungskonzept zu überarbeiten. Zumal man nach der letzten Prognose für 2015 mit etwa 370 Zugängen rechnen muss. Das ist zwar weniger als 2014, allerdings wieder mehr als 2013.



Pfeifen statt Meckern

FUSSBALL Viele Vereine haben Probleme, die vorgegebene Zahl an Schiedsrichtern zu stellen. Neue Anreize sind vonnöten, um für Nachwuchs zu sorgen.

VON ERIK SCHMIDT

KÖTHEN/MZ - Jörg Bihlmeyer, Präsident des Kreisfachverbandes Anhalt-Bitterfeld, ist ehrlich: „Es gibt vielerorts große Probleme, die Vorschriften zu erfüllen.“ Gemeint ist die Auflage für Fußballvereine, eine bestimmte Anzahl an Unparteiischen zu stellen. Gelingt dies nicht, wird eine Strafe fällig.

Zur Erklärung: Pro Männermannschaft auf Landesebene muss ein Verein drei Referees melden und für jede auf Kreisebene spielende Männermannschaft sowie jede Großfeld-Nachwuchs- und Frauenmannschaft jeweils einen weiteren. Gelingt dies den Sportgemeinschaften nicht, werden sie in der darauffolgenden Saison zur Kasse gebeten. Bringen sie die geforderte Zahl an Schiedsrichtern auch in den folgenden Spieljahren nicht, erhöht sich die Strafe (siehe auch „So werden die Vereine bestraft“).

„Es fehlt einfach an Nachwuchs“, so Bihlmeyer, der hinzufügt: „Die Jugendlichen wollen meist lieber selbst spielen.“ Außerdem ist das Bild über die Schiedsrichterei nicht das Beste, wie Ronald Maaß, Präsident des CFC Germania 03, weiß:

„Die Bereitschaft für diese Aufgabe ist wenig ausgeprägt, da es selten Lob gibt.“ Maaß spricht aus Erfahrung, war er doch selbst 25 Jahre als Unparteiischer aktiv. Sein CFC ist im Gegensatz zu vielen anderen Vereinen der Region in Sachen Schiedsrichter gut bestückt. Die zu erfüllende Anzahl von sieben erreicht Köthen exakt. „Wir konnten glücklicherweise im letzten Jahr drei damalige C-Jugend-Spieler davon überzeugen, einen Lehrgang zu besuchen“, so Maaß, der weiß, dass der erste der schwierigste Schritt ist. Gut für Köthen, aber auch den Fußball generell, dass sich nach wie vor junge Leute für diese Tätigkeit begeistern lassen. Doch damit dies so bleibt, bedarf es neuer Anreize, schließlich sind nicht alle Vereine in einer Lage wie der CFC. „Ich würde gerne die Entschädigungsgrenze für Schiedsrichter ein gutes Stück nach oben setzen“, sagt Jörg Bihl-

meyer. „Das würde jedoch zuallererst wieder die Vereine selbst treffen, die die Unparteiischen bezahlen müssen.“

In dieser Angelegenheit forderte vor wenigen Tagen Ulrich Klose,

Präsident des Naumburger SV, zur Diskussion über die Verwendung

der Gelder, die der jeweilige Verband durch die Strafen einnimmt, auf. Denn keiner weiß genau, wo dieses Geld hinfließt, auch wenn es heißt, dass es für die Aus- und Weiterbildung der Referees eingesetzt werden muss. Kloses Vorschlag lautet deshalb: „Man kann doch einen Fonds bilden, aus dem am Saisonende die Unparteiischen mit den meisten Einsätzen belohnt werden.“

Jörg Bihlmeyer findet Bonuszahlungen grundsätzlich gut, gibt jedoch zu bedenken: „Man muss die Rahmenbedingungen bei jedem einzelnen Schiedsrichter sehen.

Das kann schnell zu Reibereien führen.“ Wichtiger sei es, so Bihlmeyer weiter, den grundsätzlichen Umgang mit den Schiedsrichtern zu ändern. Ronald Maaß steht ihm bei: „Ich habe Hochachtung für jeden, der pfeift und nicht nur meckert.“

Entscheidend wird künftig sein, neue Schiedsrichter zu rekrutieren. Im Landkreis Anhalt-Bitterfeld ist die Ausbildung zum Unparteiischen sogar kostenlos. Eine Kauti- on erhält man nach entsprechenden Einsätzen zurück - nicht das schlechteste Argument für den Nachwuchs und die Vereine.

So werden die Vereine bestraft

Auszug aus der Rechts- und Ver- Landesklasse - 100 €
fahrensordnung des Fußballver- Kreisebene - 80 €
bandes Sachsen-Anhalt (FSA):

8. Je fehlender Schiedsrichter b) im zweiten Jahr
entsprechend § 13 Ziffer 6 Spiel- oberhalb der Verbandsliga - 410 €
ordnung - Geldstrafen bis zu: Verbands- und Landesliga - 310 €
Landesklasse - 200 €
Kreisebene - 160 €

a) im ersten Jahr oberhalb der Ver- Verbands- und Landesliga - 200 €
bandsliga - 200 €
Verbands- und Landesliga - 160 €

c) ab dem dritten Jahr oberhalb der Verbandsliga - 620 €

Verbands- und Landesliga - 460 €
Landesklasse - 310 €
Kreisebene - 260 €

d) Bei Verstößen über mehr als vier Spielserien in Folge - Geldstrafe bis zu 2.500 €
- Spielverbot für Mannschaften,
- Herabstufung in die tiefere Spielklasse.



Lichtblick für Tartanbahn

Immer mehr Risse in der Oberfläche / Geld für Sanierung könnte kommen

Von Günther Krach

Tangermünde. Ein altes Problem: Die Tartanbahn des Sportplatzes „Am Wäldchen“ in Tangermünde ist verschlissen und hat Risse. Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Bildung, Kultur und Sport haben sich nun vor Ort getroffen, um zu klären, wie man die Bahn auf Vordermann bringen kann. Dabei gibt es einen Lichtblick. Denn möglicherweise gibt es Geld, um die Mängel an der Bahn beseitigen zu können.

„Der Verschleiß ist nicht auf die Nutzung, sondern auf Bau-

mängel zurückzuführen“, waren sich Thorsten Herms und Olaf Hausen, die Platz und Laufbahn ständig nutzen, bei der Besichtigung vor Ort sicher. „Die versiegelten Flächen sind zwar

schon 15 Jahre alt, aber die vielen Risse in der Fläche dürften nicht da sein“, meinte Ausschussmitglied Hausen. Ein nochmaliges Flickens sei „rausgeschmissenes Geld“, war sich Herms, Leiter des TLV, sicher. „Nach jedem Winter werden

es mehr Risse“, ergänzte er. „Um hier weiterhin lokale und überregionale Wettkämpfe durchführen zu können, muss wenigstens eine neue Tartanbahn her“, fasste er die Eindrücke der Ausschussmitglieder zusammen.

Erst eine Woche vorher war die Amtsleiterin für Ordnung, Kultur und Soziales, Birgit Herzberg, mit dem Bevollmächtigten der Hugo-Meyer-

Nachfahren-Stiftung ebenfalls vor Ort. „Er wird uns helfen“, konnte Herzberg nun verkünden. Sie nannte die Summe von 250 000 Euro. Das fand den Beifall aller Lokalpolitiker. Unabhängig von dieser Investition forderte Hausen sicherheits- halber eine Regresspflicht der damaligen Baufirma, weil Herzberg keine zusätzlichen finanziellen Mittel der Stadt zusagen konnte.



Rettungsanker – Stiftung hilft mit Viertelmillion Euro

Risse in der Tartanbahn / TLV wünscht sich Komplettsanierung

Die Tartanbahn des Sportstadions hat sich zum Sorgenkind der Stadt entwickelt. Seit 2009 ist sie immer wieder Thema. 2011 wurde sie für mehr als 30 000 Euro geflickt. Die Probleme wurden damit nicht gelöst. Überall reißt der Belag. Eine Komplettsanierung wird nun diskutiert.

Von Anke Hoffmeister

Tangermünde • „Es ist erschütternd, was wir hier zu sehen bekommen haben.“ Das war der erste Satz, den Hildegard Wynands am Montagabend loswerden musste, als sie den Ausschuss für Soziales, Bildung und Kultur eröffnete.

Die Ausschussmitglieder hatten sich zur Beratung im Sportstadion getroffen. Der Grund: die Tartanbahn. Vor drei Jahren für mehr als 30 000 Euro repariert – Bahn 1 wurde komplett erneuert, an weiteren Stellen wurde geflickt –, befindet sich die rote Lauf-

strecke in einem schlimmen Zustand. „Das Training darauf ist teilweise sehr grenzwertig“, berichtete Torsten Herms, Vorsitzender des Tangermünder Leichtathletikvereins (TLV). Risse und Absenkungen würden das ansonsten attraktive

Stadion zu einer Gefahr machen. „Haben wir früher hier Norddeutsche Meisterschaften und mehr veranstaltet, beschränken wir uns inzwischen nur noch auf den Crosslauf.“

1999 war das Stadion als nagelneue Sportanlage eröffnet

worden. „Hätte man, so wie vorgeschrieben, alle vier Jahre die Bahn mit einem Hochdruckgerät gereinigt, hätten wir diese Probleme heute vielleicht nicht“, stellte Herms Vermutungen an. Andere sagten während der Besichtigung vor

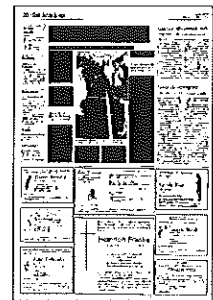
Ort, dass die Risse eventuell auf den schlechten grundhaften Ausbau zurückzuführen seien.

Olaf Hausen, Stadtrat und zugleich TLV-Mitglied, brachte es auf den Punkt: „Wir müssen verhindern, dass die Anlage einen Zustand annimmt, der das

Schild: Bahn gesperrt erfordert.“ Und Torsten Herms fügte hinzu: „Alle Sportler dieser Stadt nutzen die Anlage. Wir müssen dafür die Sicherheit gewährleisten. Deshalb ist unser Wunsch eine Komplettsanierung.“

„Auch der Bauausschuss muss sich mit diesem Thema noch einmal beschäftigen. Die Winterzeit sollte als Analysezeit genutzt werden, um im nächsten Jahr handeln zu können“, schlug Hausen vor.

Dann präsentierte Amtsleiterin Birgit Herzberg die wohl schönste Nachricht dieses Abends. „Das Problem ist bekannt“, begann sie. „Und ich bin sehr froh, dass wir wieder einmal auf unseren Rettungsanker zurückgreifen können.“ Vor etwa drei Wochen hätten Mitarbeiter der Stadtverwaltung und Vertreter der Hugo-Meyer-Nachfahren-Stiftung die Sportanlage besichtigt. „Die Stiftung sponsert für den Platz 250 000 Euro“, teilte sie den Ausschussmitgliedern mit. „Nun müssen wir Sorge tragen, dass damit das Optimale geschaffen wird.“





Eine Stadt ist stolz

MISSION OLYMPIC Sandersdorf-Brehna erhält als Sieger des Wettbewerbs 30 000 Euro. Bürgermeister Andy Grabner hat bereits erste Ideen für die Verwendung des Geldes.

VON MELAIN MÜLLER

SANDERSDORF/MZ - Mächtig stolz ist Bürgermeister Andy Grabner (CDU) auf seine Stadt. Denn sie ist als „Deutschlands aktivste Stadt“ aus dem Wettbewerb „Mission Olympic“ hervorgegangen. Dafür hat Sandersdorf-Brehna gestern nun die Siebtpremie von 30 000 Euro erhalten und wird diese in den Breitensport investieren. Bürgermeister Grabner hat auch schon erste Ideen.

„Die müssen aber noch dem Stadtrat vorgetragen werden“, sagte Grabner. Vorstellbar wäre, dass man ein sogenanntes „Ghetto-Workout“ errichtet. Dabei werden Geräte in Parks oder auf freien Plätzen angebracht, so dass man kostenfrei und im Freien trainieren kann. „Das Geld soll aber nicht direkt in die Vereine fließen“, so der Bürgermeister. Er wolle es vielmehr in etwas investieren, das öffentlich zugänglich ist. Zudem werden verschiedene Ortsteile von Sandersdorf-Brehna bedacht. Und es soll besonders den

Zwei Sieger

Der Wettbewerb war auf zwei Kategorien ausgerichtet. In der ersten Kategorie für kleine Städte hat sich Sandersdorf-Brehna beworben und gewonnen. Die Konkurrenzstadt Rosbach vor der Höhe erhält aber dennoch eine Prä-

Kindern und Jugendlichen zu Gute kommen.

In der Kategorie 1 (Städte bis 30 000 Einwohner) war Sandersdorf-Brehna im Juni gegen Rosbach vor der Höhe (Hessen) angetreten

und hatte sich mit einem deutlichen Punktevorsprung abgesetzt. Die finale Juryentscheidung bestätigte die Leistung und kürte die Sachsen-Anhalter zum Sieger des diesjährigen Wettbewerbs.

Grabner blickte bei der Scheckausgabe noch einmal auf das sportliche Wochenende zurück. „Was damals auf die Beine gestellt wurde, war gigantisch“, sagte er. „Und auch die Euphorie war riesig.“ Auf den 310 Stationen, die in verschiedenen Ortschaften zu absolvieren waren, ging es nicht nur

um das Sportliche. Auch Stationen für Spaßdisziplinen waren aufgebaut, so dass die Teilnehmer durchweg mit Freude dabei gewesen seien. Im Nachhinein, so Grabner, habe es erste Wünsche gegeben, diese Veranstaltung zu wiederholen.

mie von 10 000 Euro. In der Kategorie zwei (Städte ab 30 000 Einwohner) kämpften Sangerhausen und Langen/Bederkesa (Niedersachsen) um den Sieg. Letztere Stadt setzte sich durch und gewann 45 000 Euro, Sangerhausen erhielt 15 000 Euro.

„In der gleichen Form werden wir das sicher nicht machen können. Denkbar wäre aber eine Art Sportfest vielleicht alle zwei Jahre immer in unterschiedlichen Ortschaften.“

Die Nachwirkungen von Mission Olympic haben auch einige Vereine gespürt, erzählte Grabner. So habe es im Anschluss mehrere Anmeldungen gegeben. Zudem sei man in der Region näher zusammengedrückt. Dass diese Effekte eingetreten sind, freut vor allem Ulrike Meier, zuständig für die Unternehmenskommunikation bei Coca Cola. Die Firma ist neben dem Deutschen Sportbund Organisator des Wettbewerbs „Mission Olympic“. „Für uns sind immer die Nachhaltigkeitseffekte wichtig. Wir hoffen, dass es in Arme und Beine ausstrahlt“, sagte Meier mit einem Lächeln. Denn der Wettbewerb solle auch demonstrieren, dass Sport Spaß macht und noch mehr in Gemeinschaft. Das habe Sandersdorf-Brehna gezeigt. Die Jury, so Meier, war besonders begeistert von der Vielfalt und Kreativität der verschiedenen Stationen. „Da war für jeden etwas dabei, egal ob alt, jung, sportlich oder unsportlich.“



Nichts für Schlägertypen

KAMPFSPORT Europameister setzt auf Nachwuchsförderung.

VON WERNER HÖHNE

ZEITZ/MZ - „Felix Schmidt? Nie gehört“, wird so Mancher schulterzuckend sagen. Insider jedoch schnalzen anerkennend mit der Zunge. Der 31-Jährige hat sich MMA verschrieben, Mixed Martial Arts, oder auf gut deutsch „Gemischte Kampfkünste“. So martialisch, wie es klingt, sei es jedoch nicht. „Das ist kein Sport für Hohlköpfe oder wilde Schläger. Er erfordert ein hohes Maß an Disziplin und strategischem Denken“, so Felix Schmidts sportliche Auffassung.

Ein gefährlicher Sport? Schmidt lächelt: „Fußball ist gefährlicher. Wenn Dir einer von hinten in die Knochen rauscht, kannst Du Dich nicht wehren. Hier sieht man, was kommt und hat Hände, um sich zu verteidigen“.

Erst am 4. Oktober war Schmidt bei der siebten Merseburger Fight Night in der Spergauer Jahrhunderthalle durch technischen K.o. nach knapp dreieinhalb Minuten erfolgreich.

Wie kommt ein junger Mann so einer doch recht ungewöhnlichen Sportart? „Schon mit neun „Fußball spielen ist weitaus gefährlicher.“

*Felix Schmidt
Inhaber Kampfsportschule*

Jahren kam ich über Judo zum Kampfsport mit seinen vielseitigen

Mixed Martial Arts

MMA ist eine relativ moderne Art des Vollkontaktwettkampfes, ein Mix aus mehreren Sportarten. Es enthält Elemente von Boxen, Kickboxen, Karate, Ringen, Judo und weiteren Kampfsportarten. Erlaubt sind Treten, Schlagen, Clinchen,

Facetten“, sagt er. Fortan nahm er seine Karriere zielstrebig in Angriff. Bereits in sehr jungen Jahren errang er Titel um Titel. Der bisherige Höhepunkt war der Gewinn der Europameisterschaft 2010 im Jiu-Jitsu. Vize-Europameister ist er in den Disziplinen Karate, Combat Arnis und K1-Kickboxen. Neben seiner aktiven Sportlerlaufbahn betreibt der Weltengewichtler in Zeitz seit 2012 hauptberuflich eine Kampfsportschule, die nicht nur auf MMA ausgerichtet ist.

Drei Trainingsgruppen betreut der Meister viermal pro Woche, 25 Elf- bis 18-Jährige, 15 Erwachsene und eine Frauengruppe in der Spezialdisziplin Kickbox-Aerobic. Der Träger des Schwarzen Gürtels im Jiu-Jitsu und weiterer Gürtel in anderen Kampfsportarten hat ehrgeizige Zukunftspläne. „Ich hoffe auf wachsenden Zulauf. MMA ist eine boomende Sportart, damit wäre natürlich ein Umzug in größere Räumlichkeiten nötig“, meint er. Einen großen Traum will er gern mittelfristig in die Realität umsetzen: eine Zeitzer Fight Night mit Beteiligung nationaler und internationaler Größen. Über dem Zeitpunkt stehe noch ein großes Fragezeichen, aber 2016 sei ein realistisches Ziel. „Wichtig, aber nicht nur dafür, ist die Gewinnung von Sponsoren, jeder ist uns herzlich willkommen“, hofft der Chef an potenzielle Geldgeber. Noch finden die Kämpfe im Ring statt, doch aus den

USA schwappt ein neuer Trend nach Europa. Vermehrt finden die Kämpfe in einem achteckigen Käfig statt, was die Attraktivität des Sports steigern soll.

Apropos steigern: Jugend voran, in diesem Sinne kümmert sich Schmidt hingebungsvoll um die Jugendgruppe. Erstaunlich ruhig läuft das Training in der Halle ab, ganz entgegen der Erwartungen aus einschlägigen Martial-Arts-Filmen - kein Kung-Fu-Geschrei oder ähnliche Urlaute. Und nicht nur Kampftechniken werden trainiert.

Mitten im Training bittet der Coach seine Schützlinge ins Freie. Eine Runde laufen ist angesagt. Der Regelfall, wie Schmidt betont. „Das Training beinhaltet viele Seiten zur Erhöhung der körperlichen Fitness“, erklärt Felix Schmidt. Ein Grund mehr für ihn zu hoffen, dass sich der Kreis gerade dieser Grup-

pe konstant erweitert. Im Domizil in der Posaer Straße 11a in Zeitz, in der ehemaligen Piano-Union, haben Sportinteressierte montags, dienstags und donnerstags ab 17 Uhr Gelegenheit, an einem kostenlosen Probetraining teilzunehmen. Der monatliche Mitgliedsbeitrag für eine regelmäßige Trainingsteilnahme beläuft sich bei Kindern und Jugendlichen auf 20 Euro. Erwachsene zahlen das Doppelte.



Vom SSV 80 Gardelegen nach Rio de Janeiro

Mit Timm Benecke spielte ein Altmärker bei der Volleyball-Militär-Weltmeisterschaft in Brasilien mit Rio de Janeiro – das klingt nach Sonne, Strand, Samba und ...Fußball. Dass am Zuckerhut 2014 auch Volleyball gespielt wurde, und zwar ebenfalls auf Weltmeisterniveau, ging wohl an vielen vorbei. Doch auch hier spielte Deutschland. Mit dabei: ein Gardeleger.

Von Gesine Biermann
Gardelegen/München/Rio de Janeiro • Es ging nicht um Tore, sondern um Punkte, aber es war auch eine echte Weltmeisterschaft. Die Spieler allerdings tragen sonst Uniform. 17 deutsche Soldaten traten bei der 33. Volleyball-Militär-Weltmeisterschaft, die das Conseil International du Sport Militaire (CISM) vom 20. bis zum 31. Juli in Rio de Janeiro ausrichtete. Unter ihnen war auch Timm Benecke (26), der sich seine Volleyballsporen einst beim SSV 80 Gardelegen verdiente.

„Anfang des Jahres habe ich dann plötzlich Post bekommen.“

Groß ist er nämlich schon damals, als er noch in der Altmärk zu Hause ist. Kraft hat er auch, der Gardeleger Junge. Schon als Schüler nutzt er sein außergewöhnliches Talent deshalb, um Punkte zu machen. Timm Benecke spielt Volleyball, nicht nur im Gardeleger Gymnasium, sondern auch im Verein. Trainiert wird er dort zunächst von Frank Kreißl beim Gardeleger Verein SSV 80. Hier lernt er die ersten Regeln des Spieles, die wichtigsten Tricks. Bereits als 18-Jähriger wechselt Benecke dann nach Stendal, spielt dort in Sachsen-

Anhalts Oberliga.

Doch auch die Mannschaft der Rolandstadt muss bald auf ihren Spitzenspieler verzichten. Denn nach dem Abitur 2007 steht für ihn anstelle von Volleyball zunächst einmal die Bundeswehr im Fokus. In Gotha wird er Feldwebel, studiert schließlich an der Universität der Bundeswehr in München.

Während der ganzen Zeit verliert der Gardeleger, der mittlerweile einen Offiziersgrad hat, die Leidenschaft für seinen Sport aber natürlich nicht. Es treibt ihn wieder ans Netz. Einmal Volleyballer, immer Volleyballer. Sein neuer Verein heißt seit einem Jahr TSV Unterhaching. Benecke wird mit der Universitätsmannschaft sogar bayerischer Hochschulmeister. Und spätestens hier werden wohl die Talentscouts der Bundeswehr auf den jungen Altmärker aufmerksam.

„Anfang des Jahres habe ich dann plötzlich Post bekommen“, erzählt Benecke. In dem Brief wird er eingeladen zum Probe- und Sichtungstraining jeweils im Januar, im Mai und im Juni dieses Jahres. Dort trainiert er schließlich mit Profis der ersten und zweiten Bundesliga. Mit jedem Trainings-

lager sind allerdings weniger Soldaten dabei, als beim Mal davor. Und im Juni steht dann endgültig fest: Benecke ist dabei. Er fährt mit zur Volleyball-Militär-Weltmeisterschaft in Brasilien

„Unser Warm-up fand morgens am Strand statt.“

„Das fand ich natürlich großartig“, sagt er schmunzelnd. Und das wird es am Ende

auch. Schon der Flug ist ein Erlebnis für die jungen Leute und allein das Rahmenprogramm ist es wert, dabei zu sein. Denn natürlich erwartet die Spieler ein wunderschönes und gastfreundliches Land.

„Untergebracht waren wir zum Beispiel in einem Militärkomplex, in der Sportschule des Heeres in Rio“, erzählt er. „Und die liegt auch noch direkt neben dem Zuckerhut“, dem Wahrzeichen der brasilianischen Hauptstadt. „Unser Warm-up fand deshalb morgens natürlich am Strand statt“, schwärmt

Benecke. Wo sonst?

In ihrer Freizeit, an den spielfreien Tagen kommen die jungen Soldaten schließlich auch mit vielen Spielern anderer Mannschaften zusammen. Und dabei wird dann auch schnell klar, dass die Auswahl der Sportler in anderen Ländern längst nicht nach den selben Maßstäben erfolgt, wie in Deutschland. „Bei uns sind alle Spieler Soldaten“, erklärt Benecke. Sieben Athleten kommen von der Sportfördergruppe Warendorf, die zur Bundeswehr gehört. Fünf Volleyballer kommen direkt aus der bestehenden Truppe.

„Das Spiel gegen Kanada war als Pflichtsieg deklariert.“

„In anderen Staaten zum Beispiel, läuft das allerdings etwas anders“, sagt Benecke. Wer gut spielt, werde einfach mal kurzfristig zum Soldaten gemacht.

Bei der deutschen Mannschaft sind aber natürlich nicht nur alle Spieler Bundeswehrsoldaten. Auch der Rest vom Team trägt Uniform. Und zwar angefangen vom Trainer - in diesem Fall Oberleut-



nant Frank Oliver Otter von der Truppenübungsplatzkommandantur Wildflecken - über den Co-Trainer und Mannschaftsscout Florian Vogel aus dem Sanitätsdienstkommando der Bundeswehr bis hin zum Team-Koordinator, Oberstabsfeldwebel Dietmar Gleisle von der Bundeswehrensportschule, sind alle Militärangehörige. Ein Oberstabsarzt und ein Hauptfeldwebel übernehmen zudem auch die medizinische Betreuung der Mannschaft.

Lediglich die Schiedsrichter, die die Volleyballer nach Brasilien begleiten, sind Zivilisten. Sie kommen vom deutschen Volleyballverband.

Bei den Spielen in Rio, die für die Deutsche Mannschaft bereits am zweiten Tag nach der Anreise beginnen, spielt Benecke schließlich in der Position des Diagonalangreifers. Der erste Gegner heißt Indien. Mit 3:1 können die Deutschen das Team mit einem Satzver-

lust besiegen. „Und auch das von unserem Trainergespann als Pflichtsieg deklarierte Spiel gegen Kanada“ gewinnen die deutschen Soldaten mit einem souveränen 3:0 Ergebnis.

Anhand von Videoaufzeichnungen werden die beiden Spiele anschließend jedes Mal ausgewertet. Aber auch die gegnerischen Mannschaften werden vom Co-Trainer gefilmt, „um das typische Spielverhalten zu analysieren“, erklärt Benecke. Denn nun liegt das Augenmerk der Deutschen auf der Mannschaft des Irans. „Und die Männer aus dem Nahen Osten waren der unangefochtene Favorit der Gruppe“, erläutert Benecke. Auf das Ergebnis 1:3, waren die Deutschen deshalb besonders stolz, auch ohne den Sieg. Denn der gewonnene Satz hatte ihnen eine Höchstleistung abverlangt.

Nach dem 0:3 gegen Venezuela und dem 1:3 gegen Südkorea ist die erste Runde beendet. Das

Ergebnis war nicht schlecht: Die deutsche Mannschaft wurde Gruppenvierter.

Durch zwei krankheitsbedingte Ausfälle arg geschwächt mussten sich die deutschen Soldaten dann allerdings auch mit einem 0:3 gegen China und anschließend auch gegen den „alten Bekannten“ Südkorea geschlagen geben. Am Ende platzierte sich die deutsche Militärmannschaft schließlich auf dem achten Platz.

Auch wenn sich Timm Benecke und seine Mitspieler wohl ein besseres Abschneiden gewünscht hätten, wird er die Tage in Rio garantiert nicht vergessen, versichert Benecke. Denn allein die Teilnahme war ein großartiges Erlebnis. Zudem gab es ein tolles Programm, zu dem auch die Besichtigung der brasilianischen Marineschule und des Forte de Copa Cabana, Touren durch die City, Besichtigung der Christusstatue und eine Hafenrundfahrt gehörte.

„Das war alles schon ziemlich spannend!“

„Für jeden Spieler gab es eigentlich nur eine Urkunde.“

Mit nach Hause nahmen die Männer übrigens keine tollen Prämien oder teure Sachpreise, wie ihre Kollegen vom Fußball noch wenige Tage zuvor. „Für jeden Spieler gab es eigentlich nur eine Urkunde“, sagt Benecke, auf die er aber schon ziemlich stolz sei, wie er zugibt. Stolz auf ihren „Weltmeisterspieler“ ist natürlich auch Beneckes Familie in Gardelegen. Und stolz können eigentlich auch alle sein, die sein Talent einst entdeckten und ihn dementsprechend förderten.

Sieger der 33. Volleyball-Militär-Weltmeisterschaft wurde der Gastgeber Brasilien. Vielleicht ein kleines Trostpflaster für die jüngst doch nicht ganz so erfolgreiche Fußballnation.



Wenn Sport zum Produkt wird

Experten raten zur Konzentration der Spitzenförderung auf erfolgreiche Sportarten

Von Max Zeising

Die Olympischen Spiele 2014 in Sotschi waren für die deutschen Athleten eine herbe Enttäuschung. Nun wurde im Sportausschuss des Bundestages diskutiert, wie man wieder mehr Medaillen holt.

Sotschi war immer noch präsent, als der Sportausschuss des Deutschen Bundestages am Montag zu einer öffentlichen Anhörung lud. Bei den Abgeordneten herrschte Einigkeit darüber, dass die Olympischen Spiele 2014 aus deutscher Sicht enttäuschend verliefen und man mit der Bilanz nicht zufrieden sein könne. 19 Medaillen – achtmal Gold, sechsmal Silber und fünfmal Bronze – seien einfach zu wenige gewesen. Also luden die Ausschussmitglieder zehn Experten ein – Vertreter von Sportverbänden und Medien sowie Athletensprecher –, um sich über die zukünftige Spitzenförderung im Sport beraten zu lassen. Mit dem Ziel, dass die deutschen Athleten bei den nächsten Winterspielen 2018 im südkoreanischen Pyeongchang ein anderes Bild abgeben.

Einer dieser Experten war der Vorstandsvorsitzende des Landessportbundes Nordrhein-Westfalen, Christoph Niessen. Er forderte, die Spitzenförderung in Zukunft nur noch auf erfolgreiche Sportarten zu konzentrieren. Sportarten ohne Aussicht auf Medaillen dürften dagegen keine Spitzenförderung mehr bekommen. »Wir müssen unternehmerisch arbeiten und den Sport als Produkt begreifen«, meinte er und sprach sich für

klare Medaillenvorgaben aus sowie eindeutige Verantwortlichkeiten für das Erreichen dieser Ziele aus. »Die Finanzierung des Spitzensports sollte vollständig in der Hand des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) und der Landessportbünde liegen und in einem Bund-Länder-Abkommen geregelt sein.« Bisher ist das Bundesinnenministerium für die Finanzierung zuständig. Dieses stellt jährlich 138 Millionen Euro bereit.

Als Vorbild könnte dabei das System Großbritanniens dienen. Elizabeth Nicholl von UK Sports erklärte, dass sich die Förderung des britischen Sports klar nach Erfolgsaussichten richte. Scheint sich auszuzeichnen: Im Medaillenspiegel der Olympischen Spiele 2012 in London holten die Gastgeber 65 Medaillen.

Auch Joachim Mester von der Deutschen Sporthochschule Köln sprach sich für »mehr Wettbewerb« aus. Kritik an dieser rein wirtschaftlichen Sichtweise kam von Manuela Schmermund, Athletensprecherin des Deutschen Behindertensportverbandes: »Jeder Athlet ist anders. Sportler sind nicht berechenbar. Deshalb ist es nicht möglich, den Sport als Produkt zu begreifen.«

Seitens der Abgeordneten kamen kritische Nachfragen an Christoph Niessen vor allem vom sportpolitischen Sprecher der Linksfraktion, André Hahn. »Ist die rein wirtschaftliche Herangehensweise nicht ein bisschen wenig? Müssen wir dann nicht mit Widerstand aus der Bevölkerung rechnen, bis hin zur Ablehnung sportlicher Großereignisse?«, fragte er und spielte dabei auf die Dis-

kussion um die Bewerbung Berlins und Hamburgs für die Olympischen Spiele 2024 an.

Niessen jedoch wies die Kritik von sich: »Die Jagd nach Medaillen ist das Ziel, und das ist durch nichts anderes zu erreichen.« Der Linkenpolitiker zeigte sich anschließend enttäuscht: »Der Gewinn von Medaillen kann nicht das einzige Kriterium sein. Es geht auch um die völkerverbindende Rolle des Sports.« Auch der Generaldirektor des Deutschen Olympischen Sportbundes, Michael Vesper, riet zu einer Vorgehensweise »nicht allein nach dem Belohnungs- und Bestrafungssystem«. DOSB-Athletensprecher Christian Breuer gab jedoch zu bedenken, dass es »für jeden Sportler um Medaillen und den Platz in der Weltspitze geht«.

Konkrete Zahlen über die künftige Verteilung der Fördergelder wurden bei der Anhörung nicht genannt. Sportarten mit geringen Medaillenchancen müssen aber wohl mit harten Einschnitten rechnen. André Hahn fand es »schade, dass man sich um konkrete Aussagen herumgedrückt hat«.

»Wir müssen unternehmerisch arbeiten und den Sport als Produkt begreifen.«

Christoph Niessen,
Landessportbund NRW

»Es geht auch um die völkerverbindende Rolle des Sports.«

André Hahn, sportpolitischer
Sprecher der Linksfraktion